

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Verdenburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugsspreis: fünf Mark monatlich 2.00 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Postgebühren. Verlag und Druck: Gewerkschaftsbüro für den Bezirk Halle-Verdenburg e. G. m. b. H., Halle, Verdenburgerstraße 14.

Anzeigenpreis: 10 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite. 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Monatspreise zu üblichen nach Halle Verdenburg 14. Tel. 21045. 21047. 22251. Zeitung-Abt.: Klassenkampf. Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Vertriebskonto: Leipzig 106645. Fritz Koch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 11. Februar 1927

7. Jahrgang * Nr. 35

Vor der Generalaussperrung der sächsischen Metallarbeiter

(Sig. Drahtm.) Leipzig, 11. Februar.

Die Aussperrung ist perfekt. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten beträgt etwa 25 000. Die Unternehmer haben rücksichtslos auch Kriegsbeschädigte und Betriebskräfte auf die Straße geworfen. Eine überfüllte Funktionärerversammlung hat gestern Abend zur Lage Stellung genommen und sich für die Erweiterung des Kampfes ausgesprochen. In der Diskussion wurde der Leipziger Metallarbeiterkampf als Aufruf für den Kampf des ganzen Reiches bezeichnet. Es wurde ausgeführt, daß vom 1. März, verlangt werden müsse, daß er in ganz Deutschland zu dem angesprochenen Kampfe Stellung nimmt. Das Gewerkschaftsamt Leipzig hat unter dem Druck der Streikenden für Montag eine Betriebsräteversammlung für Groß-Leipzig einberufen. Der Landesoberrat von Sachsen hat gestern früh telefonisch dem DMB mitgeteilt, daß er für Sonnabend eine Verhandlung zwischen den Parteien in Dresden ansetze und auch in dem Falle verhandeln werde, daß eine Partei nicht erscheint. Für Montag vormittag sind weitere Rundgebungen angelegt. Man erwartet auch eine entsprechende Fehlmahn und Unterstützung aus Nicht-Metallarbeiterkreisen. Die bestehende Aussperrung der gesamten Metallarbeiter von Sachsen wird der Konflikt auf etwa 190 000 Arbeiter ausgedehnt.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, macht Entdeckungen. Was wir Kommunisten für Tage und Tag den Arbeitern sagen und wofür wir von den sozialdemokratischen und reformistischen Führern ständig angegriffen wurden, steht jetzt wörtlich im „Vorwärts“. Bei den Unternehmern handelt es sich nicht um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern um eine politische Maßnahme, die wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen haben muß, deren Zweck die Aufrechterhaltung beziehungsweise die Rückkehr zum Normalzustand ist.

Abwägung der Reudell-Debatte

(Sig. Drahtm.) Berlin, 11. Februar.

Heute soll im Reichstag die kommunistische Interpellation gegen den Innenminister von Reudell, den Vertreter der Reichsleitung der Demokratischen Liga, zur Behandlung kommen. Die Reichsleitung steht der kommunistischen Interpellation gegen Reudell zur Verfügung. Der Reichsminister Marx will durch einen Gegenüberstellung der Erörterung und Beantwortung verhindern lassen. Er will vor Eintritt in die Tagesordnung zum Fall von Reudell sprechen. Ein Sprecher der Bürgerpartei wird beantragen, daß die kommunistische Interpellation an zweiter Stelle gestellt wird, d. h. von der Tagesordnung abgehoben und erst bei der Einberufung des Innenministeriums später behandelt werden soll.

Rundgebung der Frauen gegen den Bürgerlohn

(Sig. Drahtm.) Berlin, 11. Februar.

Die geistige Demonstration der Frauen gegen den Bürgerlohn und für den Gehalt von Mutter und Kind geführte sich zu einer mächtigen Rundgebung. Politischere versuchten die Demonstration zu provozieren.

Aussperrung auch in der letzten des Textil-Industrie

Die sächsischen Weber, deren Löhne heute ebenso die niedrigsten sind wie vor 80 Jahren, verlangen eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Diese Forderung beantworteten die sächsischen Textilindustriellen mit der Aussperrung, von der 34 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen wurden.

Die Zahl der Erwerbslosen unverändert

(RTS.) Berlin, 10. Februar.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung in der zweiten Januarhälfte zeigt im Gesamtergebnis einen Rückgang um rund 12 000 = 0,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist zwar von 1 555 000 auf 1 548 000 gefallen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger dagegen von 288 000 auf 288 000 zurückgegangen; die Gesamtzahl hat sich von 1 843 000 auf 1 836 000 verringert. Die Zahl der Zulageempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist von 2 078 000 auf 2 089 000 gefallen.

Arbeitszeitfindung in der elektrotechnischen Industrie

(RTS.) Essen, 10. Februar.

Von den Gewerkschaften ist, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, das bestehende Arbeitszeitabkommen zum 28. Februar erloschen und die Wiedereinführung des harten Achtstündigen verlangt worden. Die Arbeitgeber haben diesen Antrag abge-

lehnt. Die Gewerkschaften haben den Schlichter angerufen, der die Verhandlungen am 15. Februar in Dortmund angeht hat.

Ein Bombengeschäft des mitteldeutschen Braunkohlenzweigs

Wie die Bürgerliche Presse meldet, fand in Halle eine Konferenz der Braunkohlen-Großkapitalisten statt, auf der die Frage der Braunkohlengaserverwertung erörtert wurde. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der die Statuten einer zu gründenden Gesellschaft für Gaserverwertung aus Braunkohle auszuarbeiten soll.

Vor einigen Tagen haben die mitteldeutschen Braunkohlensyndikate die Verhandlungen über die Gründung einer bezüglichen Gesellschaft noch eifrig demontiert. Das Gerücht sei völlig aus der Luft gegriffen. Jetzt ist die Gesellschaft so gut wie gegründet. Der Geheimrat, die AEG, werden als Großförderer den führenden Einfluß innerhalb der Gesellschaft für sich zu sichern wissen. Die Braunkohlengaserverwertung bedeutet ein Riesengeschäft. Es handelt sich um eine Verwertungsmöglichkeit der Braunkohle, die 200 bis 300 Millionen Mark einbringen kann. Für die Kommunen besteht die Gefahr der Verdrängung der kommunalen Gasanstalten durch die Braunkohlengaserverwertung. Für die Arbeiter die Gefahr von Massenentlassungen.

Protestiert!

An die litauische Regierung

Sie haben wieder drei Kommunisten zum Tode verurteilt. Ihr Regime verdient die tiefste Verachtung aller rechtlich denkenden Menschen. Wir fordern von Ihnen sofortige Einstellung Ihrer barbarischen Handlungsweise, die sich in Worten an Kommunisten, in mochten Marterungen unzulänglicher, lediglich ihrer Abwertung bewusster Arbeiter äußert.

Große Funktionärinigung des AFB, Halle.

Abgelehnt!

Wie wir erfahren, hat die holländische Postdirektion die Weiterbeförderung des obigen Telegramms an die litauische Regierung abgelehnt.

Diese Tatsache spricht für sich selbst!

Das Reichstontordat geht um

Halle, 11. Februar.

Es war keine unrichtige Bemerkung, als die „Frankfurter Zeitung“ kurz nach der Konstituierung der schwarzblauen Bürgerblockregierung feststellte, daß der Vatikan alle Mühen haben springen lassen, um das Zentrum zur Koalition mit den Deutschnationalen zu bewegen. Immer und immer wieder hatten die Deutschnationalen Protestanten und Sozialdemokraten sich dem Zentrum in Schulfragen in empfehlende Erinnerung gebracht. Sie waren nicht müde geworden in der monotonen Anpreisung: Nur mit uns, den Deutschnationalen, können wir wieder ein „gütlich Wort in Schule und Haus“ werden. Wenn die Zentrumsjahre mit den Deutschnationalen zu schließen, so nicht deshalb, weil das Zentrum in diesen „heidnischen“ Deutschland es nicht mehr mit der „heidnischen“ Sozialdemokratie hätte aushalten können. Das Zentrum kooperiert mit keiner Partei, wenn es sich nicht den entscheidenden Einfluß in allen Kulturfragen gesichert hat. Was das Zentrum bewegt, mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen, war die Tatsache, daß es in der Zeit seit dem November 1918 in jüher Kleinarbeit seine kirchliche Weltanschauung so geliebt und ausgebaut hatte, daß ihm jetzt die Zeit gekommen scheint, dies Wert endgültig zu krönen.

Die Zeit für ein Reichstontordat ist gekommen. Was ist ein Reichstontordat? Ein Vertrag, den der Vatikan mit einem beliebigen Staat abschließt zur Regelung der kirchlichen und staatlichen Beziehungen. Eine Frage der Kompetenz zwischen kirchlichen und staatlichen Angelegenheiten. Man könnte also bei oberflächlicher Betrachtung der Meinung sein, daß hier ein Ausbleich, eine Ausbalancierung beider Mächtepaare stattfindet. Das aber ist in keiner Weise der Fall. Es ist eine Erprobungsmaßnahme, daß bei allen Reichstontordaten sich in neuer Form jener Kanonisation Heinrich IV. jener Vätergang der staatlichen Macht nach Rom wiederholt, den sein noch so reiches Kulturstampfer: „Nach Rom ist der Weg zum Himmel“ aus der Welt schaffen wird. Seit dem Befehlen der katholischen Kirche hat sie mit einer Zähigkeit ungleich jenseits alle Jahre in die Weltlichkeit umgewandelt. Das Reich in allen Dingen der Seite und des Glaubens — also in allen Erziehungsfragen — nicht nur der Jugend, der Kirche unterworfen ist. Es ist nicht nur Jahrtausende alte Tradition, die die Kirche befehligt, ihr immer wieder erreichtes Ziel bei den schwierigsten Bedürfnissen durchzubringen, gekennzeichnet durch eine überausende Geschäftlichkeit im Augenblick der Verhandlungen — der Absicht eines Konkordats ist wie eine reife Frucht, die der Kirche mühselos in den Schoß fällt.

Die acht Jahre Vorbereitungszeit um das Reichstontordat hat das Zentrum nicht talentlos verstreuen lassen. Der erste große Schachzug, nachdem die Vermögen der Kirche gerettet waren, bestand in der Durchsetzung jenes Schulparagrafen der Weimarer Verfassung, der vorgibt, daß der Religionsunterricht nach den Grundgesetzen der kirchlichen Bestimmungen zu stellen ist. So ist auf Grund der Verfügung sein „freier“ Religionsunterricht in Deutschland möglich, sondern nur ein konfessionell dogmatischer Unterricht. Damit aber was das Sprungziel geschaffen: „Bekanntnisstufe als Mittel, kirchliche Herrschaft über die Schule als Ziel“.

Von dieser Grundlage aus hat das Zentrum weiter gearbeitet. Während die Kultusministerien selbst nicht mit ausgeprägten ultramontanen Kräften besetzt sind, ja sogar diese Stellen liberalen Schwärmern, wie zum Beispiel in Preußen dem Kultusminister Beder, überließ, hat es dafür gesorgt, daß die Geheimratsstellen in den Kultusministerien mit zuverlässigsten Kräften besetzt wurden. Als in Bayern personell so vorgearbeitet worden war, konnte es die Bayerische Volkspartei wagen, mühselos das Konkordat zwischen Bayern und dem Vatikan abzuschließen, das der katholischen Kirche Bayerns allen Wert im Betrage von 1 Milliarde 600 und die kirchliche Oberaufsicht über die gesamten Volksschulen sicherte, eine Tatsache, die dadurch ihren höchsten Ausdruck findet, daß heute schon in Bayern ein Drittel aller Lehrpersonen Katholen sind.

Zweifellos sind in Bayern die Machteinflüsse des katholischen Klerus am weitesten vorangeschritten. Wie hart es aber auch in den anderen Ländern sind, beweisen einige Zahlen. Obwohl der Artikel 137 der Reichsverfassung besagt, daß keine Staatsrechte bestehn, ist hat doch Preußen im Haushaltsplan für 1926/27 eine Summe von 70 500 800 Mark für die Kirche eingelegt. Damit bezahlt Preußen in diesem Jahre viermal soviel pro Kopf an Steuer-geld für die Kirche, wie Preußen es vor dem Kriege getan hat. Ähnlich hoch die Lage in Thüringen. Dies kleine Land hat im Haushaltsjahr 1925/26 allein an die Kirchen der verschiedenen Konfessionen 3 285 000 Mark ausgegeben.

Wir erwähnen diese Tatsachen, um einerseits den steigenden Einfluß der Kirche aufzuzeigen, die wie eine reife Frucht das Reichstontordat abzupflücken imstande ist, und andererseits aufzuzeigen, daß das Reichstontordat nicht nur erpicht ist mit der gütlichen Verpflanzung der Schule, d. h. aller überhaupt existierender Lehrinstitute, sondern daß ein Reichstontordat in noch weitern Maße die Steuerkraft der Bevölkerung zu ihrem dunklen Zwecken mißbraucht als bisher. Wichtig ist, in diesen Zusammenhänge noch darauf hinzuweisen, daß das Reichstontordat nicht nur den Abschluß eines Vertrages

1000 proletarische Kämpfer in den Kerker der Republik!

Anlage der Genossen Rosenbergs — Hergt lehnt jede Amnestie ab

zwischen dem Vatikan und Deutschland darstellt, sondern daß parallel zu diesem Kontrakt auch die Verhältnisse des Staates mit den anderen Konfessionen, also hauptsächlich mit der protestantischen Kirche, geregelt werden. Wenn wir auch heute hier und da ein verkapptes Kulturkampfgeheiß gegen die weiße Bloms aus den Kreisläufen der protestantischen Kirche hören, so kündigt dies doch mit diesen Umständen, daß die katholische Kirche bei den protestantischen Gegnern dadurch vom Saft geschäft hat, daß es ihm die gleichen Rechte der Erweiterung der Einflusssphäre gegenüber dem Staate wie sich selber eingeräumt hat. Dadurch ist der protestantischen Kirche der Mund gestopft worden. Die katholische Kirche kann sich damit um so mehr einverstanden erklären, als die Grenzen der einzelnen Konfessionen im Laufe der Jahrhunderte vollkommen erloschen sind.

Der einzige Gegner gegen die Pläne der Kirchen, gegen das drohende Reichstonsort ist die **Klafterbewußte Arbeiterklasse**. Sie allein ist in der Lage, wenn die Verhältnisse und fest stehen, den Kampf gegen die Pläne der Kirche aufzunehmen. Wir wollen nicht leugnen, daß die Arbeiterschaft sich jetzt noch viel zu wenig den Ernst der Situation besinnlich hat. Aber die letzten Ereignisse, die Tatsache, daß wir bald vor dem Abschluß des Reichstonsort stehen, dessen Inhalt wir zwar nicht kennen, von dem wir aber wissen, daß es geradezu eine Ungehörigkeit darstellt, die Tatsache ferner, daß zugleich mit dem Abschluß des Reichstonsort das Reichstonsort im Sinne der Kirche verwirklicht werden soll, muß jeden schlagbewußten Arbeiter bewegen, zu seinem Recht das tun, was noch möglich ist, nämlich: aus der Kirche auszutreten, seine Kinder aus dem Religionsunterricht abzumelden.

In Mexiko haben die weltlichen Mächte es verstanden, die Machtansprüche der katholischen Kirche zurückzuschlagen. Die junge Türkei unter Kemal Pascha hat ebenfalls mit dem Unterdrückungssystem des Islams in der Türkei, das in der Person des letzten Sultans verkörpert war, Schluss gemacht. In Sowjet-Rußland ist die enghirnige Trennung von Staat und Kirche durchgeföhrt, die Macht des Papsttums endgültig gebrochen worden. Aber Deutschland geht in die Mittelalter! Sollte diese Tatsache die deutsche Arbeiterschaft nicht zu erheitern vermögen, eine breite Massenbewegung ermöglichen, die dem Vordringen der Mächte des Mittelalters endlich ein Paroli bietet? Vertäufte, organisiert die Front gegen das Mittelalter, die Front gegen die Verpflanzung der Schule, die Front gegen das Reichstonsort!

Ein durchsichtiges Dementi

Wagt wir, sondern die anderen haben über ein Reichstonsort verhandelt

Die Reichsregierung erhebt ein amtliches Komunique, in welchem sie leugnet, daß irgendwelche Verhandlungen mit dem Vatikan über ein Reichstonsort stattgefunden hätten. Die Reichsregierung leugnet, daß sie mit dem Reichstonsort verhandelt hätte. Gleichzeitig mit diesem Komunique ermittelnde Dementi teilt aber die Reichsregierung mit, daß das Problem einer Verständigung mit den kirchlichen Stellen über die weltlichen Verhältnisse zwischen Staat und Kirche seit Ende des letzten Reichstonsort nicht nur in der Reichsregierung ernstlich erörtern worden ist. Weiter wird in der Erklärung ausdrücklich gesagt, daß bereits im Oktober 1924 ein früheres vom Reichstonsort Dr. Marx geführtes Reichstonsort beschlossen hatte, die nötigen Verhandlungen mit dem Reichstonsort wieder aufzunehmen. Die Reichsregierung will deshalb beschließen, sich nicht unter der Präsidentschaft Herrs Hoffmanns zu erklären, was die Regierungserklärung ebenfalls mitteilt, sich persönlich bereits im Jahre 1920 darauf bemüht, die kirchlichen und weltlichen Verhältnisse in würdiger Form zu regeln. Selbst wenn die gegenwärtige Regierung keine Verhandlung mit dem Reichstonsort über ein Reichstonsort erheben würde, so bedeutet doch die Aufzählung der früheren Verhandlungen darauf hin, daß die Reichsregierung gewillt ist, so schnell wie möglich das Reichstonsort abzuschließen.

Graname Mithandlungen in der Reichswehr

Widerlich geringe Bestrafung

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Schwerin: Unter dem Vorwand des Untersuchungsrichters Dr. Mohr verhandelte das mecklenburgische Amtsgericht Badmünde gegen die Wachmeister und Unteroffiziere des Regiments Nr. 14 in Ludwigslust wegen vorräuberischer schwerer Untergebenausschuldung in vierzehn Fällen. Hauptangeklagter war der 27jährige Oberwachmeister Krieger, der am 1. September, der sich seit dem 18. Dezember 1920 in Untersuchungshaft befindet. Er wird beschuldigt, unter Mißbrauch der Amtsgewalt, Angehörige zu Strafen bedrohenden Handlungen bestimmt zu haben, indem er in Greuelbesprechungen zur Erziehung der Mannschaft durch Verleumdung und Schimpfung aufforberte. Bei Nichterfüllung solcher Befehle drohte er, die Greuelen von der Beförderung auszuschließen. In vier Fällen gab er direkte Befehle an Obergefreite zu.

Verpögelung der Mannschaft mit Schenspielen und Weibereien.

Nach der Exekution verlangte er Werbung, die auch nicht erhalten wurde. So wurde eine ganze Reihe Soldaten mittels der Weibereien mit einem Streifen solcher Granameteilen nach wohnung an ihrem Körper fixiert. Einen Soldaten ließ er, von zwei Obergefreiten gefesselt.

mit einer Pferdeermahnung die Kopfhaare scheren.

In diesem Zustand trieb er den Soldaten zum Prügel, damit er den Schnitt verbesere. Die Beschwerden wurden vor den Augen der Leute verlesen, oder durch Drohungen wurden die Leute zur Zuständnahme ihrer Werbung veranlaßt. Die Vernehmung der Angeklagten ergab ein empörendes Bild der Granameteilen und der Zustände in der republikanischen Reichswehr, die, wie ein als keine vernünftige Unteroffiziere richtig bemerkte, von der französischen Fremdenlegation kaum übertrumpft werden können. Der Schwandonschlag hat sich um die ihm anvertraute Truppe nicht gekümmert. Er überließ alles seinem Oberwachmeister. Der Oberwachmeister des Regiments, der mehrere Maßnahmen in Verbindung nahm, gab ihnen schließlich den Rat, sich zu bestimmen. Weiter tat auch er nichts. Nach schmerzlicher Verhandlung wurde der Oberwachmeister Krieger zu 1/2 Jahre Gefängnis, der Wachmeister Frost zu 1/2 Monaten Gefängnis, acht Unteroffiziere und Obergefreite zu drei bzw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Einheitskont von Bürgerblut bis SPD.

In dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begann am 9. Februar die Beratung des Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes. Die SPD hat in der Beratung die größte Opposition, die bis jetzt noch in der Reichstagsversammlung besteht, gemacht. Sie hat die SPD als Schandgesetz des Bürgerblutes erklärt, daß die SPD das Schandgesetz des Bürgerblutes bestätige. Das war also nur eine Dummheit, die die Arbeiter zu demütigen. Die SPD, die sich im Zentrum zum Deutschen Volkspartei-Berliner für das Gesetz aus. Nur der Kommunist Adelt kennzeichnete nochmals den reaktionären Charakter des Entwurfes, der den größten Prozentsatz der Erwerbslosen der Arbeitslosigkeit unterstellt. Dadurch wurden die finanziellen Schwerepunkte der Gemeinden, die nach dem Entwurf ein Viertel der Beiträge für die Arbeitslosen aufbringen müßten, nach katastrophal. Auch bringt das Gesetz eine weitere Beschränkung des Koalitionsrechtes. Der § 67 sieht vor, daß Erwerbslose, deren Erwerbslosigkeit durch Ausstand oder Auslieferung ganz oder überwiegend verursacht ist, im Falle der Auslieferung keine Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen. Obgleich am 8. Februar bei der Festlegung des Arbeitsplanes der

Am Donnerstag, dem 10. Februar, ist endlich im Reichstag der schon seit Monaten vorliegende Antrag der kommunistischen Fraktion auf Erlass eines Amnestiegesetzes für die politischen Gefangenen zur ersten Beratung auf die Tagesordnung gekommen.

Die kommunistischen Amnestieentwürfe, die als einziger Tagesordnungspunkt zur Beratung standen, begründet Genosse Rosenbergs:

Trotz der Amnestie vom 17. August 1925 befinden sich in Deutschland immer noch mehr als 1000 politische Gefangene in den Gefängnissen und Justizhäusern. Darunter befinden sich 267, die zu 1338 Jahren Zuchthaus verurteilt sind. Diese Zahlen allein beweisen, daß eine Amnestie der politischen Gefangenen dringend notwendig ist. Das hat auch der Abgeordnete Landwehrberg unlängst in einem Artikel im „Vorwärts“ dargelegt. Er führt dort, Amnestien seien notwendig, folgendes in der deutschen Republik wieder in höchster Stellung am Werke sind, die durch Vereinigungsgemeinschaften, wie ihnen an Versammlung und politische Tätigkeit abgelehnt. Die Unmöglichkeit, das Verbot zu erheben, ist wirklich nicht in der leeren Luft hineingelassen, sondern gründet sich auf sehr gravierende Tatsachen. Niemand sollte es für richtig und möglich halten, daß man in Deutschland nicht nur wegen Verbindungen, Reden und Schriften, sondern sogar wegen Gedanken verurteilt werden kann. Das ist aber tatsächlich in Deutschland geschehen.

„Geben Sie Gedankenfreiheit, Herr Minister!“

Es handelt sich um den Fall des Redakteurs Julauf von der „Vergessenen Volkstimme“, der einen Artikel veröffentlichte, dessen Lebensinhalt dem Justizminister vor sehr impatiblen sein sollte. Dieser Artikel trug die Überschrift: „Du, Reichsminister, wachst in London verhaftet.“ In dem Artikel wurde angeführt, daß der Danes-Vertrag mit neuen Unterdrückungen und Belastungen der arbeitenden Bevölkerung führen muß und schließt mit den Worten: „Hinneg mit der Kapitalistenklasse, die Euch verlastet.“ Nicht wahr, Herr Herr, das stimmt? ... Herr, was um Kampf gegen den neuen Strömungsvertrag? Rühmt nur die Revolution, die Revolutionen macht Euch frei! Wegen dieser Rede wurde Julauf zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung dieses unangehörigen Urteiles heißt es, daß der Artikel allerdings nicht die Aufforderung zu einer gewalttätigen Handlung der Bevölkerung enthält, wohl aber eine Aufforderung zur Verletzung des Danes-Vertrages durch Aufbruch in ein geeignetes Verzeichnis oder auch zum mindesten durch Einwirkung der eigenen Gedanken und Entschlüsse auf solche Handlungen. Die Einwirkung der eigenen Gedanken in diesem Sinne ist ein Verbrechen nach § 88 des Strafgesetzbuches. Herr Minister Herr, im Hinblick auf den Fall Julauf, was für ein Recht haben Sie Gedankenfreiheit, Herr Minister! (Sehr laut bei den Kommunisten.)

Zuchthaus für Kommunisten — Freispruch für Sozialisten

Die Arbeiterschaft hat die deutsche Klassenjustiz die unerbittlichste Kampferfahrung. Ich habe hier eine Nummer des „Vorwärts“ da steht zunächst die große Überschrift: „Gegen Kommunisten helfen nur Soldaten!“, und auf der zweiten Seite heißt es noch viel härter:

„Die Klasse will beschert werden. Nicht Besant der Menschen sind haben Willen. Habe ich den Kampf für den Staat, so mache ich die anderen weislich oder lasse sie los, um die millionen Klasse zu befehren.“ (Hört! Hört! bei den Komm.)

Wenigstens ein Jahr Gefängnis müßten alle die Verfasser dieser Zeilen bekommen, wenn die hohe „republikanische“ Justiz bei den vaterländischen Kampferfahrungen ebenso nach unerbittlichen Gedanken schickte, wie bei den Kommunisten? (Sehr laut bei den Komm.) Was haben wir, die Kommunisten, die die deutsche Justiz mit anderer Maß nicht, dafür einige Beispiele: Am 5. Juli 1926 hat der 4. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den Buchhändler Herpold und drei andere Angeklagte verurteilt, weil sie falsche Rufe für Kommunisten herstellten. Darin wurde ein schwerer Verstoß der Arbeiterschaft gegen die Arbeiterschaft des Reichstages festgestellt. (Hört! Hört! bei den Komm.) Wie sieht es auf der anderen Seite aus? In den Verhandlungen des Keme-Ausschusses in München hat der Kriminalinspektor Glaser als Zeuge ausgesagt:

daß auf Veranstaltung des Polizeipräsidenten Roegner in etwa 20 bis 25 Fällen falsche Rufe ausgespielt wurden.

Unter den Leuten, die diese falschen Rufe betamen, habe ich auch Dr. Müller Weinling in gefunden. Und auch durch die Zeugenaussagen des Reichsgerichts hat sich die Arbeiterschaft bestätigt, daß die Münchener Polizei offensichtlich im neuesten Amtsentlassung falsche Rufe aus politischen Gründen ausgespielt hat. (Zuruf bei den Komm.) Unter einem sozialdemokratischen Amnestiegesetz! Um so schlimmer! Ebenso hat der Buchhändler Herpold aus politischen Gründen für Herpold, bekam die Arbeiterschaft der Arbeiterschaft noch als patriotischer Mann geehrt. Von irgendwelchen Verbindungen, die nicht die Befähigung in München eingesetzt worden wären, ist nicht das geringste bekannt geworden. Will etwa der neue Justizminister den marxistischen Maß aufbringen, den Herpold für genau dasselbe Verstoß vor Jahr im Zuchthaus zu lassen?

Opfer ihrer politischen Überzeugung

Betrachten wir nun, welche Kategorien von Angeklagten und Verurteilten in einzelnen von einer neuen Amnestie Nutzen ziehen würden. Erstens haben wir eine sehr erhebliche Zahl von Angeklagten, die sich an den politischen Bewegungen 1919, 1920 und 1921 beteiligt haben und zu schweren Strafen verurteilt wurden, die sie noch heute zu verleben haben. Bei der Amnestie im

schlossen wurde, nach Beendigung der Generalsitzung über das Verhängnisgesetz die kommunikal-sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Anzahl derer zu beraten, beschloß gefest die Zustimmung mit den Stimmen der Bürgerpartei und SPD.

Die Arbeiterschaft der Erwerbslosen-Versicherungsgesetzes und die Abweisung der Anträge auf Erhöhung der Anzahl derer.

Ründigung des Lohnabkommens der Dsnabrücker Metallarbeiter

Von den Dsnabrücker Metallarbeitern wurde auf einer stark besuchten Mitgliederversammlung folgende Entschlüsselung gefest: „Die am 7. Februar stattgefundene Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat eingehend zur Frage des Arbeitsvertrages und Lohnabkommens Stellung genommen. Sie hielt sowohl in der Arbeitsvertragsfrage sowie auch in der Frage des Lohnes die Lage als unzulässig an und beauftragt die Ortsverwaltung, das Arbeitsvertrags- und Lohnabkommen zum 28. Februar zu kündigen. Weiter beauftragt sie die Ortsverwaltung, mit den Verhandlungen des Bundesverbandes Verbindung anzuknüpfen, um gemeinsam den Arbeitsvertrag und eine den Verhältnissen entsprechende Lohnregelung zu erreichen.“

Die Anlage gegen die Hamburger Kommunisten zusammengestrichen

Der große Kommunistenrat vor dem Hamburger Landgericht, in dem im vergangenen 12. März die von den Frontkämpfern-Bundes wegen Landesverrats angeklagt waren, ist gefest

Sommer 1925 sind in alle Fälle, in denen Angeklagte zu Zuchthaus verurteilt wurden, aufgenommen. Es handelt sich hier um den Hauptteil der politischen Verurteilten vor. Unter den zu lebenslanglich Zuchthaus Verurteilten befindet sich neben dem bekannten Max Hoelz auch noch ein Ernst Peterlein aus Hamburg, abgeurteilt im Jahre 1919 vom Hamburger Kriegsgericht. Außerdem sind noch eine ganze Reihe von Verurteilten, die hinsichtlich Zuchthaus sitzen und noch nicht zu zehn Jahre abstrafen müßen für Laten, die sie bei den politischen Vorgängen in den Jahren 1920 und 1921 begangen haben. In den Zuchthäusern befinden sich auch noch eine Reihe von Leuten, die speziell wegen der Münchener Vorgänge zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Wie sieht es aber in anderen Fällen? Hier im Reichstag ist mehrfach auf das Buch von Gumbel „Vier Jahre Wort“ hingewiesen worden, in dem Hunderte von Wortleuten von rechts angeführt wurden, die völlig ungelübt geblieben sind. Darunter befindet sich der Fall Hoelz und Krüger, die im Jahre 1919 in München unter Verurteilung als Freischützer durch Arbeiter ermordet und vom Münchener Gericht freigesprochen wurden. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Wo ist die Sühne für die zwölf unglücklich ermordeten Arbeiter in Verlaß? Darum stimmt sich kein Mensch. Auf der anderen Seite werden wegen jugendlicher Kameradschaften, die in jenen Jahren begangen wurden, heute noch in den Gefängnissen und Zuchthäusern eingesperrt. Was den Fall Hoelz angeht, so liegt er rechtlich nicht anders, wie der Fall Lüttwich. Der Unterchied ist nur der, daß die

Zahl der Menschenleben, die im Zusammenhang mit dem Sapp-Wittich-Fall zu beklagen sind, das zehn- oder zwanzigfache von der Zahl der Opfer darstellt, die im Mitteldeutschland 1924 gefallen sind.

Aber Hoelz hat in Zuchthaus, lebenslanglich verurteilt, und Lüttwich bekommt die Pension und ist eine Säule der deutschen „Republik“.

In den Maschen des Republikshutzgesetzes

Die zweite Kategorie von Verurteilten, die nicht unter die Amnestie von 1925 fallen, sind diejenigen, für die das Republikshutzgesetz Zuchthausstrafen vorschreibt, wenn sie als „schwere Fälle“ festgestellt wurden. Obgleich die meisten dieser Verurteilten unerschrocken in die Freiheit gegangen sind, hat der Reichstag hat sich deshalb im vorigen Jahre genötigt gesehen, diese Bestimmungen des Republikshutzgesetzes aufzuheben, so daß jetzt in derartigen Fällen schon mehrere Strafenstrafen in Verlaß erkannt worden sind. Aber die Angeklagten, die auf Grund der alten Fassung zu Zuchthaus verurteilt worden sind, sitzen nach wie vor im Zuchthaus, obwohl der Reichstagsbeschluß vom vorigen Jahre selbst zugibt, daß solchen Angeklagten Unrecht geschieht.

Nachdem Genosse Rosenbergs mit einer reichen Fülle von Material die Kategorien der politischen Gefangenen beleuchtet hat, Eingekerkert wurden, obgleich sie bei der Zeit genötigt worden entgegen gestellt, aufgezeigt hat, wie man sogar die vorjährige Amnestie durch die Justiz verhinderte, schließt Genosse Rosenbergs:

„Aus diesen Gründen habe ich im Namen der kommunistischen Fraktion zum Ausdruck zu bringen, daß die Amnestiefrage unbeschadet der weiteren Behandlung unter Berücksichtigung der Amnestie von 1925 getroffen wurde.“ Ich bin überzeugt, daß die Amnestiefrage in den breitesten Schichten des überaus großen Volkes das allergrößte Interesse findet, daß die Erhellung über die einseitige Justiz im Wochen beschränkt ist. Die Verpflichtung der Reichsregierung, sich nicht nur auf die Amnestie zu beschränken, sondern auch auf die Amnestie zu beschränken, ist unerbittlich in der Öffentlichkeit festzuhalten.“ (Sehr laut bei den Kommunisten.)

Reichsjustizminister Hergt

führte in einer protokollierten Rede zur Verantwortung der Interpellation aus: „Ich nehme an, daß der Antrag des Reichsjustizministers überwiegen wird. Ich möchte aber dazu bemerken: Wir haben keinen Grund, die Amnestie abzulehnen. In einer Zeit der Amnestie ereignet, das Erlass einer neuen Amnestie rechtsergänzend.“ Bei der letzten Amnestie hat der Reichsjustizminister an dieser Stelle erklärt: es handelt sich um einen Eingriff in die Rechtspflege und ein solches Verbrechen läßt die Tatkraft der Staatsverfassung nicht zu. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Der Reichsjustizminister hat die Rechtspflege gestört und wir haben alles Interesse daran, daß die Rechtsordnung gestört werde. Dr. Rosenbergs hat behauptet, daß das Reichsgericht bewußt sich über den Amnestieentwurf des Reichstages hinwegsetzt und das Recht verlegt habe, obwohl er als Dozent der Rechtswissenschaft selbst immer wieder behauptet, daß man in der Auslegung verschiedener Meinungen sein kann. Ich muß mich ganz energig dagegen vernehmen, daß er behauptet wird, die kommunistische Partei werde anders behandelt als die übrigen Parteien. Ich habe überhaupt den Gedanken, als ob hier kommunistischer Antrag gar nicht auf eine Amnestie hinausläuft (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Das Recht ist, muß Recht bleiben. Denn Gerechtigkeit ist das Fundament eines jeden Staatswesens.“ (Beifall bei dem Bürgerblut, Auf bei den Kommunisten: Klassenjustizminister.)

Nach einer Rede des Abgeordneten Hohenfeld, die eine Reihe von Anträgen auf Erhöhung der Anzahl derer in der Reichstagsversammlung ist durch einige Fülle der Klassenjustiz gegenüber Reichsbannerarbeitern, nach einigen Ausführungen einer Zentrumsausschusses, die ebenfalls, wie der Justizminister Hergt, so gegen eine Amnestie auspricht, hält der Genosse Hoelz hier das Schlusswort, wo er vor allen Dingen die Rede des Justizministers Hergt unter die Lupe nimmt.

Der kommunistische Gesandtenrat wird dem Reichsjustizminister überwiegen. Nächste Sitzung Freitag, den 11. Februar, 1 1/2 Uhr. Tagesordnung: Kommunistischer Interpellation über den Fall Keubel und kommunistischer Vertrauensratum gegen diesen Minister. Gesandtenrat über die Wohnungsfrage u. a.

abgeschlossen werden. Sämtliche Angeklagte wurden mangels ausreichender Beweise freigesprochen. Es handelte sich bei dem Verstoß um die im vorigen Sommer auf dem Bahnhof Keubel erfolgten hiesigen Zusammenkünfte mit Mitgliedern des schlesischen Niederlassungsvereins. (?) Wie verlaßt, will der Staatsanwalt gegen das freisprechende Urteil Verwahrung einlegen.

Opfer der Militärübungen

(M.W.) München, 11. Februar. Nach einer Meldung des „Bayerischen Kurier“ erregte sich beim Schachspielen der Landsberger Artillerie-Abteilung, die in den schweren Zügen ihre Werbung abtut und die Gefährdung der Arbeiterschaft durch die Militärübungen, die beim ersten Schach ein großes Unglück darstellt, daß der Rohrlauf eines Geschützes infolge Einwirkens der Vremalsigkeit nicht funktionierte und der Rohrlauf besohlen nach rückwärts und die Besatzungsmannschaft geschleudert wurde. Der Geschützführer und zwei Kanoniere wurden schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Külz sieht in Sachsen ein — Die Aufwelter im Dienste des Bürgerblutes

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Dresden hat die Aufwelterpartei ihren Einspruch gegen die Kandidatur Dr. Külz für das parlamentarische Reichstagsmitglied vorläufig zurückgezogen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man damit, daß die Kandidatur Dr. Külz als gestiftet gelten kann.

Stadt-Theater
Freitag, 8 Uhr
Die Gendarmen
So. 10. u. 11. Uhr
Don. 12. u. 13. Uhr

Wahalla
Freitag, 8 Uhr
Kar. no. 5. 5. 5. 5.
Der Welt
Freitag, 8 Uhr
A. v. L. v. L. v. L. v. L.
Kannan n. der Luft
Freitag, 8 Uhr
Der Welt
Freitag, 8 Uhr
A. v. L. v. L. v. L. v. L.
Kannan n. der Luft
Freitag, 8 Uhr
Der Welt
Freitag, 8 Uhr
A. v. L. v. L. v. L. v. L.
Kannan n. der Luft

Modernes Theater
Das folgende
Tanz-Kabarett
Weltstadt-
Programm
Nach der Vorstellung

Beim
reines Fleisch u.
alle Wurstwaren
Fett und Schmelz
Täglich von 4 Uhr an
"Seige"
Karl Kessler
Wagenfeld,
Lorenzstraße Nr. 21
Telefon 614

Bei



Johannes Thurm
Glauchauer-
str. 79

kaufen Sie zu soliden Preisen
immer die albetanntesten prima
Fleisch- u. Wurstwaren
in sauberer und schmackhafterer
Zubereitung

Nur das Gute
bricht sich Bahn

Johannes Thurm
Begr. 1863 Fernruf 265 18
Glauchauer Straße 79
und Stand auf dem Wochenmarkt

Reil. Zur Reichsstraße
Sonntag, 12. Februar
Schlachtefest
Es laden freundlich ein
Franz Lehmann u. Frau

Germania - Feiern
Sonntag, den 13. Februar 1927, im
Sech. Gesellschaftsraum, Ketzlerg. St.

Großer Seppelball
Ehrlich'sches Tanzorchester
Anfang 8 1/2 Uhr. De. Arbeitsauswahl

Restaur. Zur Hafenbahn
Mansfelder Straße 22 375

Lumpen-Abend
4 wertvolle Beute
Es ladet ein
Franz Karpida

Besonders preiswert

Gute Normal-Hemden 2,75
mit Doppelbrust
Herbe Normal-Hosen 2,25
Winter-Einlag-Hemden 2,90
Oberhemd „nur Neuheit“ 4,90
Krawatten in gr. Auswahl 95
Kragen, Jack, Mantel 75 u. 65
Wachsen Sie unter Auslagen

Dauerwäse-Vertrieb Walter Cohnheim
jetzt nur Schmeerstraße 2, dicht am Markt

Schiffspiel-Theater Wittenberg
bringt ab heute, Freitag: Den größten Wetterfoga

Ben Hur
der genolligte Film aller Zeiten, in 12 Akten
Die Stoffelegenheiten betragen über
15 Millionen \$M. Zum größten Teil ist
dieser Film in Naturfarben aufgenommen

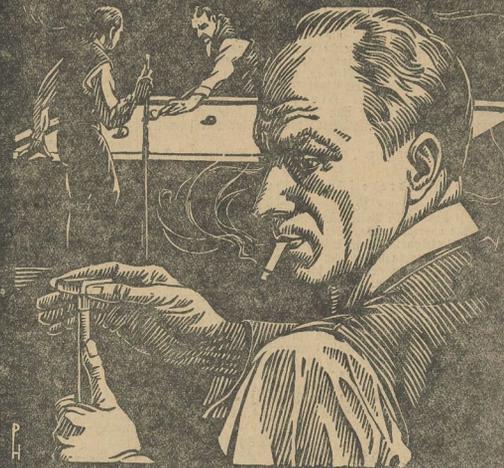
Schönig verheiratete Musik. Jugendliche willkommen
Anfang 5.30 und 8.10 Uhr. Sonntag 2, 4, 6 und 8.30 Uhr
Sonntag 2 Uhr haben Kinder Zutritt. 0,50, 0,75 u. 1,- Mk.
Mäßig erhöhte Preise: 2. Platz 1,- Mk., 1. Platz 1,50 Mk.,
Balkon 2,- Mk.

Kleine Anzeigen haben im **den besten Erfolg**
Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtschuldenrat am Montag, dem 14. Februar 1927,
am Mittags 4 Uhr.

Öffentliche Sitzung
1. Nachtrag zum Gemeindefachplan über Grundbesitzersteuer, 2. Genehmigung
eines Vergleichsabschlusses, 3. Aufhebung eines Pachtvertrages, 4. Einsetzung einer
Kommission für die langfristige Benutzung, 5. Vertagung der Sitzung des
Schuldenrats, 6. Genehmigung der Beschäftigung für die Jahre des
Friedens, 7. Bericht über die Einnahmen der öffentlichen Kammereinnahmen,
8. und 9. Aufhebung von Beschlüssen, 10. bis 12. Rechnungsabrechnungen, 13. und
14. Beschlüsse, 15. Vertagung über die Sitzungsergebnisse.

Dieser auf nichtöffentliche Sitzung.
Halle, den 10. Februar 1927.
Der Stadtschuldenrat-Vorsitzer, 381
Bulle.

MILD AROMATISCH



REEMTSMA CIGARETTEN
GIDON
4 PFENNIG

Kordpantoffeln 1,25
für Frauen
Blüschpantoffeln 1,35
für Frauen
mit quier Veredelung
Kleine Ulrichstraße Nr. 9
Zuverlässiger
Zeitungsträger
für Büchsenbor, Cämmerich
gekauft
Melbungen in der Filiale des
Klassenampt, Merseburg,
Markt 7

Volkschor Merseburg
Winterkonzert Felix Mendelssohn-Bartholdy mit Die
erste Walburgsnacht für Sopran, Tenor und Orchester
ausverkauft
Generalprobe Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr
im „Lahn“. Eintrittspreise einzeln, Programm und Eintrittsgeld
75 Pfennig. Kinder über 10 Jahre in Begleitung Erwachsener frei.
Arbeitslohn und Sozialrentner 50 Pf.

Damentaschen
in allen 171
Lehr billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr. 19
Leberwäse-Gebäude

Schuhgeschäft
Ewald Krump
Leutzschenthal
Größte Auswahl am Fleiß
Reparaturen sauber u. preiswert

Die 3te Woche verlängern wir
veranlaßt durch den beispiellosen Erfolg unseren großen

SONDER-VERKAUF

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:

Bettücher gefärbt Stück	1,75	Sumper aus dunkelgelblich, Belour, mit langen Karmeln, Stück	2,45	Sportflanelle 3 teilig Meter	0,58	Künstlergardinen 3 teilig . . . Garnitur 8,00 5,00	1,50
Bettdecken weiß, weiß Stück	1,85	Pulllover aus Rumpelweide, in vielen Farben Stück	3,95	Kleiderdrepps weiß Meter	0,65	Madras-Gardinen 3 teilig . . . Garnitur 12,50 6,50	1,95
Bettücher mit Doppelbaum Stück	1,95	Sportwesten moderne Farbenzusammensetzung Stück	3,90	Wäscheiden Raros Meter	0,95	Stores mit Hüt-Motoren, St. 15,00 8,00	3,50
Bettdecken dunkel Wasser Stück	2,75	Kleider aus rehmollenen Chenille, Stück	6,50	Spezial-Boiles weiß, 110/112 cm breit . . . Meter	1,18	Kostüm-Schals aus Rumpelweide, bedruckt, St. 1,95	0,98
Bettbezüge mit Kissen, glatt weiß . . . Stück	2,75	Kleider aus gut. Stoff, mod. Farben, mit Anfertigung . . . Stück	9,75	Popelines reine Wolle, doppelt, Mtr. 1,95	1,85	Tüllvolants für Langkleider . Meter 2,85 1,95	1,25
Bettbezüge mit gesticktem Kissen, weiß, Stück	4,90	Kleider aus halber. Stoff mit Zierfingerringe . . . Stück	12,50	Coliennes Wolle mit Seide, doppelt, Mtr. 3,75	3,25	Seiden-Hüte schwarz und farbige . . . Stück	2,65

Ein Posten
warme
Rinderunterkleidung
Schlüpfer
gerauht und ungerauht
Leibhosen
Normalschnitt
48
jedes Stück

J. LEWIN

Gewerkschaftsbewegung

Großkampf im Bergbau um Lohn und Arbeitszeit

Die in dem letzten Jahre durchgeführte Rationalisierung im Bergbau mit ihren die Gesundheit und Arbeitskraft der Bergarbeiter vernichtenden Folgen hat ein gereiftes Maß von Wut und...

Gleichstellung der oberirdischen Bergarbeiter in Lohn und Arbeitszeit mit dem Untertage...

In Oberirdischen ist die Arbeitszeit eine halbe Stunde länger als im Untertage, der Lohn um etwa zwei Mark pro Schicht geringer...

Die Forderung der Bergarbeiter, Gleichstellung mit dem Untertage ist daher logisch folgerichtig. Auf der Meidericher Konferenz...

In Niederirdischen ist dagegen schon am 1. Januar das Lohnabkommen geändert worden, nicht aber das Mehrarbeitsabkommen...

Die Gewerkschaftsbureaus taugten sich aber nicht zum Kampf mit solchen. Sie sind in Niederirdischen eine Methode eingeschlagen...

Dieser Vorstoß der Unternehmer ist verständlich, wenn man die Strategie der Gewerkschaftsbureaus betrachtet...

In Mitteldeutschland, im Inntschweinfelder Braunkohlengiebigkeit, im Rummerier, in Sachsen weigert sich...

Wird die Verbandsbureaus nicht die Niederlage, sondern den Sieg der Bergarbeiter, dann muß sie die Teilnahmen in den Parteien...

- 1. Einleitung eines Kampfes um die Wiedereinführung der Stielen- und Hämmerarbeit;
2. Erhöhung der Löhne und Beilegung der nöderirdischen Löhne- und Gehaltsunterschiede;
3. Befreiung jenseitiger Meider- und Plebenischen und Einstellung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozess;
4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, Verlängerung des Urlaubs, Gewährleistung einer auskömmlichen Pension für die Opfer der Rationalisierung;
5. Regelung aller Lohn- und Arbeitszeitfragen durch eine Reichslohnordnung und einen Reichsmineralienrat.

Diese Forderungen sind geeignet, alle Bergarbeiter zum gemeinsamen Kampf um ihre Durchsetzung zu bringen. Die Bergarbeiter dürfen aber nicht die geringsten Hoffnungen haben...

Weitere Gründe der Opposition

In der Generalversammlung des Berggewerkschafts, Zehntel-Schneeberg (Sachsen), wurden in die Ortsverwaltung, die sich bislang in reformistischen Sünden befand, fast ausschließlich oppositionelle Kollegen gewählt...

Der Notbeschlußwinkel muß sofort bekräftigt werden. Um sich den Anschein zu geben, daß es etwas gegen die überlange Arbeitszeit in verarbeitenden Industrien unternehme, hat die Reichsregierung...

Genau so sehen die neuen Bestimmungen aus, mit denen die Bürgerlich-Regierung jetzt Klammern machen will. Man wird behaupten...

Erwerblose und Arbeiter, kämpft zusammen! Am Donnerstag, dem 10. Februar, fand eine gutbesuchte Versammlung der Volkshilfsarbeiter der Baustelle...

Die Zahlstellenvermittlung des Verbandes der Bergarbeiter, Ortsgruppe Zippendorf, die im Januar 1927 1000 Mitglieder umfaßte, wurde dem Genossen Beder eröffnet...

Der Notbeschlußwinkel muß sofort bekräftigt werden

Um sich den Anschein zu geben, daß es etwas gegen die überlange Arbeitszeit in verarbeitenden Industrien unternehme, hat die Reichsregierung jetzt drei Verordnungen erlassen...

Die Antwort auf diesen Schwindel ist: Durchführung der außerparlamentarischen gewerkschaftlichen Aktion zur Zurückeroberung des Achtstundentages.

Erwerblose und Arbeiter, kämpft zusammen!

Am Donnerstag, dem 10. Februar, fand eine gutbesuchte Versammlung der Volkshilfsarbeiter der Baustelle...

Die anwesenden Kollegen fordern, daß die Kämpfe um Verbesserung der Arbeitsbedingungen in großen Industrieunternehmen zusammengeführt und gemeinsam geführt werden...

Ein ausführlicher Bericht von der Versammlung folgt.

Bergarbeiterversammlung in Zippendorf beurteilt einen Arbeitervertreter, der sich von den Bürgerlichen leiten ließ

Die Zahlstellenvermittlung des Verbandes der Bergarbeiter, Ortsgruppe Zippendorf, die im Januar 1927 1000 Mitglieder umfaßte, wurde dem Genossen Beder eröffnet...

Zu Verhandlungen über einen einheitlichen Reichslohnordnungsvertrag, die Verwaltung der Grube W. H. 11 in W. D. 11 trat nun an die Betriebsverwaltung heran...

Der Preis für das Eisen war ursprünglich auf 20 Pfennig für die Portion festgesetzt, es gelang dann, eine weitere Ermäßigung auf 20 Pfennig pro Liter herbeizuführen...

Ein Jahr Erwerblosenläufe in Halle

Ans mich geschrieben: Ein Jahr ist am 11. Februar verstrichen seit der Errichtung der Erwerblosenkolonne...

Generalversammlungen der Gewerkschaften

Sonnabend 12. Februar Schleidt / Zehntel-Schneeberg-Verband abends 8 Uhr, im „Stadtpark“

Sonnabend 12. Februar Halle / Staats- u. Gemeindearbeiter-Verband abends 8 Uhr, im „Volkspark“

Zu erscheinen haben auch die Mitglieder der Ortsgruppen, die der Zahlstelle Halle angeschlossen sind.

Handlungsweise des Kameraden Stiemme gleichzeitig heilen sie ist, daß die schlechten Arbeitsverhältnisse bereits schon lange vorhanden sind und auch nicht in jedem Wochen behoben werden...

Zentralverband der Maschinisten und Heizer

Bericht von der Generalversammlung in Halle a. d. S. am 6. Februar 1927

Zum Jahresbericht gibt der Kollege Martin einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1926 im allgemeinen, welches sich als ausgesprochenes Krisenjahr auszeichnete...

Am 20. Februar 1927 im Gäßchen „Eisenbahn“ hat die Arbeiter der Sodalen und Kaserne heute noch 12 bis 16 Stunden pro Tag und bis zu 84 Stunden in der Woche schlafen müssen.

Die anwesenden Kollegen fordern, daß die Kämpfe um Verbesserung der Arbeitsbedingungen in großen Industrieunternehmen zusammengeführt und gemeinsam geführt werden...

Ein ausführlicher Bericht von der Versammlung folgt.

Ein Jahr Erwerblosenläufe in Halle

Ans mich geschrieben: Ein Jahr ist am 11. Februar verstrichen seit der Errichtung der Erwerblosenkolonne...

Der Preis für das Eisen war ursprünglich auf 20 Pfennig für die Portion festgesetzt, es gelang dann, eine weitere Ermäßigung auf 20 Pfennig pro Liter herbeizuführen...

Bildungsarbeiter-Verband Schleidt

In der Freitag, dem 4. Februar, stattgefundenen Generalversammlung, nach der Errichtung des Verwaltungsberichts, dem mangelnde Kollegen Käßler die Ignoranz vorstellte...

Zu erscheinen haben auch die Mitglieder der Ortsgruppen, die der Zahlstelle Halle angeschlossen sind.

Samstag, den 11. Februar 1927, abends 8 Uhr, im „Volkspark“ in Halle



Halle und Saalkreis

Faustrecht und Fingerabdruckpflicht

Es war sehr schön, als Herr Senatspräsident Freymuth am Mittwoch im „Waisensaal“ sagte, es käme auf den Gerichtsbarkeit. Solch ein fundamentalen Satz läßt natürlich nicht los, und man denkt sehr über den Unterschied zwischen Faustrecht und Gerichtsbarkeit nach.

Faustrecht war ja, wer die Macht hatte, wer kräftiger war, wer ein paar Gehirnzellen mit Wein und Befähigung traktieren konnte, der übte das Recht aus, das heißt er schlug einfach den Schwächeren, Mächtigeren, den Armen nieder, nahm dem Bauern das Land und das Vieh und den Kaufleuten die Waren ab. Heute aber — da sind's ja schon. Heute gibt's die Gerichtsbarkeit mit Gesetz, und wer die Macht hat, wer kräftiger ist an Geld und Produktionsmitteln, der läßt seine Söhne „aus“ studieren, der bestimmt den Anhalt und die Auslegung der Gesetze; das Resultat kennen die Arbeiter: noch immer Hunderte von proletarischen politischen Organisationen, noch immer Justizhaus für Max Hoel, noch immer Unterdrückung jeder freien Meinung durch Gesetz und Gerichtsbarkeit.

Das Faustrecht? Da ist man doch gleich, daß Gewalt vorlag. Aber die Gerichtsbarkeit? — ?

Und weil in dieser Republik nur Leute mit Sandhülsen an den Fingern nicht im Verdachte stehen, Verbrecher zu sein, weil in diesem Staat nur mit Stahlhelm und EA-Mehrheiten geschmiedete Heldehdäner unverwundbar sind, wird ab 1. März ein neues Fingerabdruckverfahren „gehandhabt“ werden, wie sich der Amtliche Preußische Pressedienst schonungslos ausdrückt. Einem Hundelack des preussischen Innenministers Geisler, der „umfangreiche Ausführungen“ enthält, entnimmt der WPD, folgendes:

Es sind Fingerabdrücke zu nehmen

1. von den Personen, die wegen der Art der Verbrechen oder Vergehens, deren sie verdächtig sind oder wegen deren sie verurteilt sind, oder wegen der Wahrscheinlichkeit des Rückfalls als Gewerbetreibende oder gewerbetätigende Verbrecher zu erachten sind, aber bei denen Tatsachen vorliegen, die vermuten lassen, daß sie Gewerbetreibende oder gewerbetätigende Verbrecher werden;
2. von den Personen, die der Behörde gegenüber die Namensangabe verweigern oder in dem begründeten Verdacht stehen, sich einen falschen Namen beigelegt zu haben;
3. von allen Ausländern, die auf Grund gerichtlicher Bestätigung wegen eines Verbrechens oder Vergehens, ausgenommen jedoch die Vergeltung wegen der Waffraubordnung vom 6. April 1923, ausgewiesen worden sind;
4. von den wegen Uebertretung des § 381 Nr. 3 StGB. festgenommenen Personen (Landstreichern);
5. von allen nicht festgenommenen Zigeunern und nach Zigeunertat Vermutenden Personen.

Das ist ja eindeutig, sollte man denken, und dieser noch Summarisch ebenso wie im schlechtesten Sinn tiefende Erlaß fordert wohl keinen weiteren Kommentar. Nur eine Frage: Welches ist ein sozialdemokratischer Innenminister, wer als Gewerbetreibender und wer als gewerbetätigender Verbrecher zu erachten ist?

Ausführung

Am Montag wird endlich wieder einmal eine Stadtordeinerung für den Abend stattfinden. Zur Vorbereitung der Tagesordnung treten am Mittwoch und Donnerstag eine Reihe Ausschüsse zusammen.

Der Rechts- und Verfassungsausschuss

Beschäftigt sich mit der Wahlrechtsfrage: Genehmigung eines Verfassungsänderungsbeschlusses mit dem Verfassungsausschuss. Herr Finger als Berichterstatter präsidiert die Verhandlung des Stadtrats. Finger um diesen Bericht, welcher klare Verhältnisse schafft, da das bestehende Wahlrecht unüberwindlich und rechtlich ungenügend für die Stadt ist. Es handelt sich um fünf Wahlkreise, deren Verträge angelehnt sind an die Verträge der Stadt, die schon bei der Befreiung des Saalkreises trafen muß. Nach der Magdeburger Reichsordnung von 1789 müssen die Kosten der „Stad- und Spandienste“ von den „Eingetragenen“ getragen werden, im Falle des Unvermögens ist das aber Sache der Gemeinden. Der Vergleich will da alle Straßen „5 p. m. B. m. g. n.“ und so mit allen Kosten von Grundbesitzern der Stadt zur Last fallen. 35 Prozent dieser Kosten der Wahlkreise überlassen, während 65 Prozent der Stadt zu beden überfallen sind. Von anderer Seite wird in Abrede gestellt, daß dieser Vergleich einen Vorteil für die Stadt bedeute, vielmehr sei es ein Nachteil für die Wahlkreise, zumal nicht die Wahlkreise, sondern die Stadt die Kosten zu trägt, daß der Vergleich gleich ein für ein Recht habe, daß

Vordank auf Charlie Chaplin

Der große Filmkomiker in der Hand der Puritaner und Erpresser

Seit Wochen beschäftigt sich die Boulevard-Preffe der ganzen Welt mit dem Privatleben Charlie Chaplins. Täglich werden neue „Senationen“ gebracht. Man behauptet, Chaplin sei ein Wüstling, ein Kokett, ein Heuchler, Charlie sei jahrelang geistig, geistlos, nervös, mit einem Weib und sechs Kindern die besten der Welt gesammelt und warum? Seine Frau, ein achtzehnjähriges, bürgerliches Pärchen ohne Wert und Bedeutung, hat die Scheidungsfälle gegen Chaplin eingeleitet. Begründung für diese Dame ist der Mangel, der zur Scheidungsfälle führte. Frau Vera Chaplin hatte, mit dem Gelde ihres Mannes selbstständig, ein Hotel-Diner in einem Hotel für ihre Freunde gegeben. Als dort der Mangel ausging, beschloß man, lange nach Mitternacht noch in Chaplins Wohnung weiter zu feiern, zu tanzen zu tanzen. Chaplin hatte 18 Stunden hintereinander an seinem neuen Film „Arts“ gearbeitet und war erschöpft eingestürzt. Das Gerücht der Mitternachtsfeier wurde den großen Künstler ungenügend, er hat die Leute, jetzt sein Haus zu verlassen. Darüber war das Wäpchen ungenügend, zog schon am nächsten Tage in ein Hotel und reichte die Scheidungsfälle ein. Sie fand einen Rechtsanwalt, der aus dieser Frau Kapitän schlugen und ihn einen großen Mann machen wollte. Und jetzt wurde der große König begann mit ein Verfahren gegen den großen Filmkomiker, weil er schmutziger und gemeiner selbst in der amerikanischen Presse keine jemals geführt worden ist. Frau Vera Chaplin spielte die „arme, erkrankte, gemarterte, misshandelte Waise“, und Chaplin wurde als Held dargestellt. Das „arme Kind“ verlangte als „Schadenersatz“ (wofür eigentlich?) die Summe von 15 Millionen Mark und ließ, als Chaplin nicht bereit war, den ungenügenden Betrag zu zahlen, sein Vermögen, kein Haus, ja sogar sein Filmatelier beschlagnahmen. So daß die Herrschaft des Films in Frage gestellt ist.

Der Name der amerikanischen Verfilmung und Freunde Chaplins haben mit Recht darauf hingewiesen, daß dieser ganze Selbstwiderlichkeit ein Erpresser-Manöver ist. Die achtzehnjährige Vera Grey wird von einer Verbrecher-Clique gehoben, der die dingelegte Gesellschaft durch ihre Selbsteigenschaft Schutz gewährt. Die verdammte Dame in Leder und roten Tüchern wollen ihre Geschäfte leiten. Tante Maria möchte den König ertränken im P.S.-Wagen kaufen, ein Rechtsanwalt und zwei Dutzend Wintlerjournalisten wollen reich und berühmt werden. Der Kontarrang ist der Stande noch nicht

die Allgemeinheit die Verhandlungsfragen soll und nicht die Gemeindeglieder. Dem Vergleich wird gegen unsere Stimmen zugestimmt.

Der Punkt 2: Entwurf einer Geschäftsordnung für die Stadtordeinerungsversammlung wird der Stadtordeinerungsversammlung zurückergeben, da diese Angelegenheit dem Rechts- und Verfassungsausschuss nicht vorbehalten ist, insbesondere ist worden ist. Außerdem ist die Stadtordeinerungsversammlung in Halle nicht dazu da, dem Stadtrat gutwillige Verneinerungen über seine Waffergesetzordnung zuzulassen.

Der Haushaltsantrag

trat gestern ebenfalls zu einer kurzen Sitzung zusammen. Der Vergleichsausschuss mit dem Paragrafenbände wurde genehmigt.

gegen unsere Stimmen und denen der SPD. Neue Gesichtspunkte traten nicht hervor. Nach Ansicht des Stadtrats ist es ihm nicht zu machen, und wenn die Kirchen im Gebrauche genommen werden, so werden sie doch die Gemeinden in Anspruch nehmen. Angenommen wurde ein Antrag Müller (SPD) an den Stadtrat, welcher die Regierung auffordert, das Patronatsrecht anders gestiftet zu regeln.

Punkt 3 behandelt den Antrag eines Sachvertrages in der Höhe des Planes des Bundes der Kindererzieher, welcher besagt, daß eine Dauerfortbildungsanlage möglich ist. Die Kosten sollen nach den Anweisungen der Baupolizei innerhalb eines Jahres erneuert werden.

Die Einrichtung einer Küche für die launischen Berufsleute, in welcher Waschen, Stricken und Kochen geleistet werden soll, erfordert einrichtungs Material und Umbauten rund 10 000 Reichsmark, was bewilligt wird. Die Änderung der Gebührenordnung für die städtische Feuer- und Wasserwerk, welche die Umgründung der städtischen Feuer- und Wasserwerk betragen, nicht einstimmen. Da nach dem Gesetz die Kosten der Schlichtungsverwaltung sich selbst decken müssen, ist eine Gebührenerhöhung erforderlich, die aber die Käufer des Feuerschutzes nicht treffen, sondern die Käufer des besprochenen Schlichtungs. Die Gebühr für ein Kilo Feuerschutz beträgt 3 Pfennige. Bei 40 000 Kilogramm Feuerschutz dürfte mit einer Deduktion der Kosten der Feuerschutz zu rechnen sein.

Der Bauauschuss

war bereits am Mittwoch zusammengetreten. Er beschäftigte sich mit einer Klärungsänderung in der unteren Leipziger Straße und am Bahnhof, welcher zugestimmt wurde. Die Gründung einer Küche für die launischen Berufsleute konnte nicht verhandelt werden, da für den Bauauschuss wichtige Unterlagen fehlten. Punkt 3: Änderung der Bauvorschriften für das Grundstück Freimfelder Straße 88 und Vorderstraße, wurde angenommen, obgleich unsere Genossen gegen den niedrigen Preis für den Quadratmeter Land protestierten.

Die Frage der Gastenerverlegung

Die mitteldeutsche Brauereiverwaltung hat am 9. Februar in einem größeren Kreis die Frage der Gastenerverlegung erörtert. Nach eingehenden Referenzen von Sachverständigen und längerer Aussprache im Kreise der Vertreter wurde ein Ausweg gefunden, dem die Ausarbeitung der Statuten für eine zu gründende Gesellschaft für Gastenerverlegung aus Brauereibetrieben übertragen wurde. — Hieraus geht hervor, daß die geplante und richtige Gastenerverlegung vollständig in den Händen der Kapitalisten sein wird, die Kommunen, die es doch am liebsten angeht, läßt man anschließend überlassen nicht zu denken. Aber so ist es ja mit allen technischen Erzeugnissen: sie dienen in erster Linie dem Profit der Unternehmer und dann — noch lange nicht der Allgemeinheit.

Erfolgreiche Tuberkulosebekämpfung

Vom Verband der Lungen- und Tuberkuloseerkrankten Deutschlands, Gausleitung Regierungsbezirk Merseburg, erhalten wir eine Zeitschrift, der wir folgendes entnehmen:

Auch wir Tuberkulose begrüßen es, wenn sich die Gemeinden an der Bekämpfung der Tuberkulose dieser Vorkämpfer beteiligen. Wie der Ortsverein die Bekämpfung der Tuberkulose wünscht, das sehen wir an.

Was haben die Lungenerkrankten ihre so schwere Krankheit zu verdanken?

1. denen, die den glorreichen Krieg 1914/18, die Hungerjahre und Infektionen herbeigeführt haben.

2. denen, die sie in 10 bis 12-jähriger Arbeitszeit bei ungenügenden Löhnen ausbeuten.

Wie bekämpft man am besten die Tuberkulose, diese Volksseuche? Vor allem müssen die privaten Fürsorgestellen eingesetzt werden und am amtlichen Fürsorgestellen angeschlossen werden. Wo noch keine amtlichen Fürsorgestellen bestehen, ist deren Einrichtung notwendig.

Bereitstellung von größeren Summen zur Unterhaltung von Tuberkulosekranken und deren Angehörigen, je es an Kleidung, Heizung, Lebensmitteln, Beschäftigung von geliebten Wohnungen usw.

Auffklärung der Kinder in den Schulen.

Reinigen von Wohnungen und Gemeindefreizeitanlagen.

Entstellung von Gewerbebetrieben. (In Deutschland gibt es 493 Rentenerkrankte gegenüber nur 9 Gewerbebetrieben.)

Warum gibt der Ortsverein nicht die Summen bekannt, die die Regierung zur Bekämpfung der Tuberkulose bereitgestellt hat? Für die Bekämpfung der Tuberkulose hat das Reich 400 000 M. übrig, dagegen für die Städte 50 Millionen Mark, für den oben genannten 23 Millionen Mark. Für die Bekämpfung der Tuberkulose hat das Reich genau soviel übrig, wie für die Ausbeutung des Landvolkes im Palast des Außenministers.

Magentrebs und Augenuberkulose

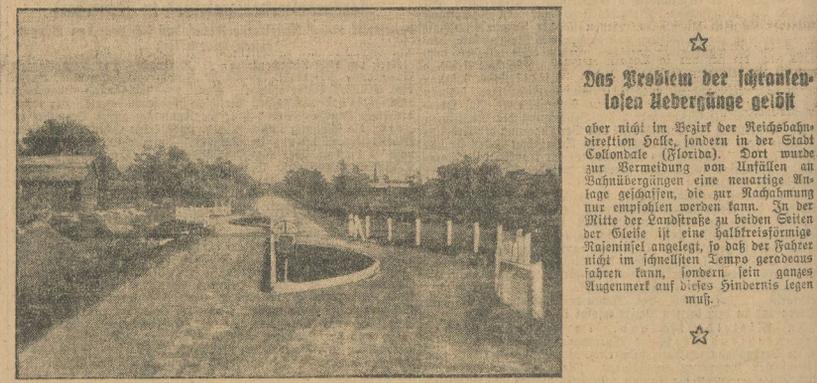
Eine klagelose Korrespondenz schreibt:

Zu dem Ende des Anzeigers geht es an, der bis zum Stetig abgemagert in seiner Wohnung aufgefunden wurde, ergraben wir noch, daß sein Selbstmord vorliegt, indem der tot Aufgefundenen an Magentrebs und Augenuberkulose erkrankt ist.

Als wir am 8. Februar die Nachricht brachten, daß Gehhar von 50 Jahren alt, nicht die seine der verarmten Familien Seele zum Demenz. Von einem Selbstmord ist jedoch überhaupt nicht die Rede gewesen. Man geht als Todesursache Magentrebs und Augenuberkulose angegeben werden, so schließt das keineswegs aus, daß Gehhar verunglückt wurde, daß er außerdem auf die Grundlosigkeit der häufigen Tuberkuloseerkrankung sehr interessante Schlüsse zu. Es ist hier ein Fall, der gut in der Rahmen der augenärztlich laufenden Aufklärung über Augenuberkulose paßt. Aber davon wird man wohl der Aufklärung befehligen Mittel nichts erzählen wollen.

30. März für die Wäpche der Internationalen Arbeiter-Hilfe wurde Untersuchung von Kindern, die an der Augenweiche teilgenommen, hat der Verband der Steinarbeiter, Zwillische Halle, bewilligt (nicht wie teilweise angegeben wurde, der Verband der Steinarbeiter).

Metallarbeiter (Jugend) Halle, Morgen, Sonnabend, abend 20 Uhr im „Waisensaal“ (Kolonnen) 1923. 20. März 1923. Die Jugendleitung des W.A.B.



Das Problem der schrankenlosen Abwergänge

über nicht im Bezirk der Reichsbevollmächtigten Halle, sondern in der Stadt Coloniale (Florida). Dort wurde zur Vermeidung von Unfällen an Bahnhöfen eine neue Art Anlage geschaffen, die zur Vermeidung nur empfohlen werden kann. An der Mitte der Landstraße zu beiden Seiten der Gleise ist eine halbkreisförmige Rinne angelegt, so daß der Fahrer nicht im schnellen Tempo geradewegs schiefen, sondern auf der Rinne sein ganzes Augenmerk auf dieses Hindernis legen muß.

Die Peinliche des Imperialismus

Einem Flug durch die Kolonien, durch Länder, die unter der imperialistischen Peinliche leiden, macht der Vater der neuen „W.A.B.“ (Nr. 6). Diese Nummer ist dem ersten Kolonialkongress, der jetzt in Berlin stattfindet, gewidmet. Wort und Bild machen ein Bild mit den Bildern, die nun gegen eine um Zeit schon fast hundertjährigen erduldeten Welt aufbrechen. Die wegen ihres Freiheitsdranges von den fürchterlichen Verhältnissen der modernen Militarismus unter dem Besatz unabwehrbar leiden bedroht sind. Marokkaner, Latein-Amerikaner, Koreaner und Vertreter anderer unterdrückter Völker marschieren auf als Führer gegen die ungeheure Schmach der imperialistischen Welt und Unterdrückungsberuf. Eine eigene geschichtete, mit Revolutionen und höchst interessanter Materialien verlebte Weltreise bringt jeden Vater dem Verständnis für die weltweite Bedrohung durch den Kolonialismus und des Kolonialkongresses näher. Friedliche Bilder aus der Kolonialwelt Mexicos führen uns in ein Land, dessen ungeheurer natürlicher Reichtum zu einem Flug für die Bevölkerung geworden ist, denn der Reichtum hat den amerikanischen Imperialismus als Räuber und Mörder in den Land ergriffen, gegen den der Volk einen erbitterten Kampf führt. Die Fortschritt des großen Romans: „Der Eiserne Moloch“ von Lemmonier, Abhandlungen über Mutter und Kind, ein kulturhistorischer Beitrag von Dr. Adolf Behne über Samoa und Silber von Tage veranschaulichen den Inhalt. Das Heft ist mit mehreren von 20 Bildern mit allen fortwährenden Durchhandlungen, Klößen usw. zu haben.

Peinliche. Infolge vieler Enttäuschungen des Imperialismus ist es der Intention nach möglich, die Spalten durchzuführen. Infolgedessen wird in der zweiten Hälfte die Zeit ein Werk der Widerständigen Stimmung, durch welches sehr viele Opfer „Marxist“ erhebt. In der ersten Hälfte des Heftes: „Marxist“ von Krosen, von denen in dieser Spalte nicht berichtet werden. Es ist ein Heft, das nicht nur die ganze nicht aufhörliche Welt, der Arbeiterbewegung

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Mädchenhandel im Arbeitsamt

Der Direktor als Agent der Frauenhändler

Eine unerhörte Affäre, bei der ein antilichs ungarisches Arbeitsamt Arbeiterinnen in Bordelle geliefert hat, ist jetzt durch die Anzeige eines ausgebeuteten Mädchens aufgedeckt worden. Im Mittelpunkt des Skandals steht das staatliche Arbeitsvermittlungsbüro in Miskolc, und dessen Direktor.

Der Direktor des Amtes in Miskolc, Dr. Franz Szilasi, der jetzt auch verhaftet worden ist, diente gleichsam als Schlichter für die Verordnungen. Unter den sich auf seinem Amt wegen Arbeitslosigkeit meldenden und um Arbeitsstellen bemühenden Mädchen hielt er genaue Matriken, um festzustellen, welche als Opfer für die öffentlichen Häuser am meisten geeignet waren. Der Szilasi war der Hauptmittler für die Häuser jenseits der Stadt, die ihren Zuwachs an Mädchen zeitlos durch diese staatliche Arbeitsvermittlung auf antilichem Wege bezogen haben. Er bewilligt für jedes gelieferte Mädchen eine hohe Provision, so daß diese Einnahmen sogar leicht nicht geringfügige Beamtengehältern überlegen. Neben Dr. Szilasi betrieb das gleiche einträgliche Geschäft ein zweiter Beamter namens Melchior Weinberger. Dieser ehrenwerte Herr hat allein in ein Bordell in Miskolc im Verlauf von wenigen Monaten 16 Mädchen geliefert.



Die ganzen Verhältnisse charakterisieren die Verhältnisse um so mehr, als Kenner der Verhältnisse behaupten, der jetzt aufgedeckte Fall habe keineswegs vereinzelt da.

Ein anderer Arbeitgeber hat persönlich nach dem Amt und verlangte eine tüchtige junge Frau für den Haushalt". Er fand auch gleich das Passende und ersuchte sie, mitzukommen. Untermwegs machte er der jungen Frau ganz unverhüllt den Antrag, sie möchte

Wie das Dienstmädchen den Professor hineinlegte

Eine Begleiterin ins Bad gesucht — Die Mutter bietet ihre Tochter an Herr Professor schickt 2000 Kronen

Dieser Tage fand in Prag eine Gerichtsverhandlung statt, der eine interessante Geschichte zugrunde lag. Viele Geschäfte begannen mit einem Interat in einer Angelegenheit, das ein Professor Dr. Ferdinand B. an der tschechischen Realhohle zu Weinberg losgelassen hatte. Das Interat lautete:

„Eine Begleiterin ins Bad, jung, hübsch, allerliebt, lüch ein altes, und hübscher 45jähriger Herr, Schiffer, Nr. 8000—2961.“ Eine Dame, die sich als „Königsmartha“ unterzeichnet, antwortete darauf und hat dem Herrn Professor — ihre 13 Jahre alte Tochter an. Photographie lag bei. Rückantwort erbat sich Mama an ihre Schneiderin Bohumila, Dvorakova, Bedovice, Post Tschedowitz.

Der Herr Professor schickte zurück: „8000 Tschedentronen bedeutet, daß ich 8000 Tschedentronen für diesen Badeaufenthalt verbräuchen will. Natürlich werde ich alle Ausgaben decken, ich bin zwar kein Jüngling mehr, aber trotzdem ein Mann... ich werde mich ebenfalls für alles zeigen, was jedoch von der Art des Verhältnisses abhängt, das gegen fertig bestehen soll.“

Die Antwort lautete: „Ich bin nicht nur die Mutter, sondern auch die Freundin meiner Tochter. Wenn ich mir unterstellt nicht gerade glänzende pekuniäre Lage überlege und den gegenwärtigen Wohlstand, so finde ich es ganz natürlich, daß meine Tochter bei einem solchen Stellung einnehmen wird. Ich verfolge Ihnen, daß sie allseitig zufrieden sein werden. Meine Tochter ist zwar bereits zu schlafen, denn weißt du, Fräulein Tochter, daß ich ältere Herren, ich höre, Sie haben mich richtig begriffen? Vor allem gilt es mir ihr den Weg ins Leben zu bahnen. Um sie vor Enttäuschungen zu bewahren, bitte ich noch in 1000 Tschedentronen.“

Der Herr Professor fand wieder 200 Tschedentronen und bewilligte die Tochter ins Grandhotel nach Königgrätz. Sie konnte nicht eintreffen, weil sie bei einer Freundin in Wärdien... Der Herr Professor schickte wieder 200 Tschedentronen und erwarbete das Tschedentron in einem Bade... Frau Königsmartha antwortete: „Am 8. Juli bei der Dvorakova um ein achtundzwanzigjähriges, neugierig vorstellbares — Dienstmädchen. Die „Stiftstochter Maria“ war ein Mädchen, das sie mittels einer Annonce selbst für den Professor gesucht und gefunden hatte.“

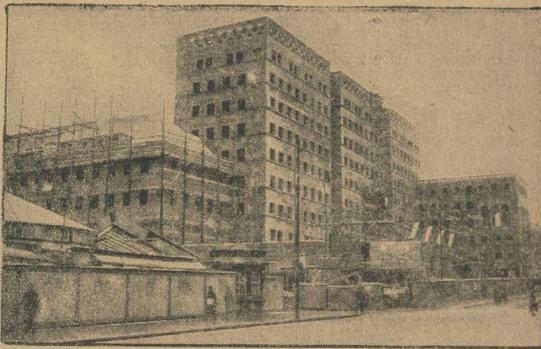
Das „schöne“ Dienstmädchen bekam dafür, daß es einen „gebildeten“ Professor zu sein hineingelegt hatte, jedes Monate Gehalt. Der Professor, der sich ein neunzehnjähriges Mädchen von der Mutter für 2000 Tschedentronen verwilligen lassen wollte, daß allerdings nicht auf der Anlageband, sondern auf der Zungenbank. Dafür ist er auch ein Herr Professor und kein Dienstmädchen.

zunächst mit ihm eine Probebegehung, andernfalls könne sie sofort wieder gehen.

Solche Fälle sind durchaus nicht selten und werden stets dem Amt gemeldet. Nach der Versicherung dieser Frau ist gegen solche faule Subjekte, die die Kollage erwerblicher Frauen und Mädchen für ihre schmutzigen Begierden auszunutzen wollen, noch ein etwas strengeres Bestrafungsmittel, als bisher, wenn sich jemand gegen solche Unternehmungen energisch wehrt, wurde ihnen sogar die Stempelkarte abgenommen und wegen Arbeitsverweigerung die Unterstützung entzogen.

bringen wird.“ Belegte zwei Briefe: „Jarusta will nicht fahren!“ Frau Königsmartha landete als Ersatz ihres Stiefvaters Maria, auch ein schönes Mädchen... Der Herr Professor: „Solche Mädchen bekomme ich in Prag dinstags, ich mußte sie sofort zurückexpedieren.“ Frau Königsmartha: „Mein Herr! Meine Tochter ist kein Ausschlag, daß ich sie um 2000 Tschedentronen, die ich bisher bekam, austausche. Sie ist mehr wert.“

Endlich begriff der Herr Professor, daß er einer Gaunerin zum Opfer gefallen war, und erlittene Straflosigkeit. Dabei stellte er sich heraus, daß eine Frau Königsmartha gar nicht existierte, die Schwimlerin im Gegenteil identisch war mit der sogenannten „Schneiderin“ Bohumila Dvorakova, an deren Adresse der Herr



Das Haus der 1000 Fenster in Stuttgart

In Stuttgart geht jetzt der Neubau der Oberpostdirektion, der ganz in Betonquaderbauweise ausgeführt ist, seiner Vollendung entgegen.

Professor das Geld gelandt hatte. In Wirklichkeit handelte es sich bei der Dvorakova um ein achtundzwanzigjähriges, neugierig vorstellbares — Dienstmädchen. Die „Stiftstochter Maria“ war ein Mädchen, das sie mittels einer Annonce selbst für den Professor gesucht und gefunden hatte.

Das „schöne“ Dienstmädchen bekam dafür, daß es einen „gebildeten“ Professor zu sein hineingelegt hatte, jedes Monate Gehalt. Der Professor, der sich ein neunzehnjähriges Mädchen von der Mutter für 2000 Tschedentronen verwilligen lassen wollte, daß allerdings nicht auf der Anlageband, sondern auf der Zungenbank. Dafür ist er auch ein Herr Professor und kein Dienstmädchen.

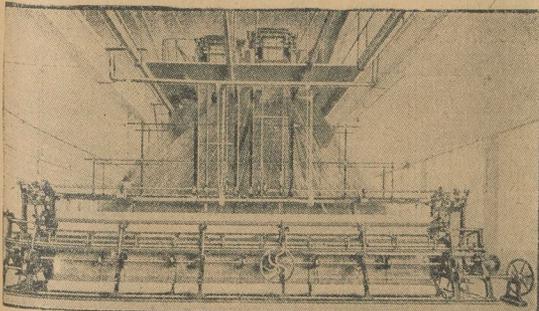
Von der Baumwollpflanze bis zum Webstuhl

Das Heimatland der Baumwolle — Amerika produziert zwei Drittel des Weltbedarfes

Von der Baumwollpflanze bis zum Gewebe, ohne das wir heute unsere Bekleidung kaum noch denken können, führt ein langer, mühsamer Weg, der oft auf einem Kontinent seinen Ausgangspunkt hat und auf einem anderen Kontinent endet. Aber auch geographisch ist der Weg der Baumwolle ein langer und interessanter. Als Heimatland kann mit zureichender Sicherheit Indien angenommen werden, wo bereits vor 3000 Jahren die Baumwolle gezeuget wurde. Heute hat Amerika alle Länder überflügelt und produziert allein zwei Drittel der gesamten Baumwollzeugung der Erde; über 100 000 Quadratkilometer sind hier mit Baumwolle bespant.

allerdings wird Holzspinnerei in großen Mengen statt Baumwolle verwendet. Nitrocellulose in Acetatsol gelöst gibt Kolodion, welches das Ausgangsprodukt für Zelluloid darstellt. Dieses dient als Grundmaterial des Filmmaterials, während Nitrocellulose zur Erzeugung von rauchlosem Schießpulver und von Schießbaumwolle in großen Massen gebraucht wird.

Das Pflanzenöl und das Pflanzenfett, das in den Samenkörnern enthalten ist, liefert die Grundstoffe für Kunstbutter, Margarine und für viele Sorten von Seifen, Kerzen und Wachsprodukten. Für die Zwecke der Textilindustrie wird die Rohbaumwolle, die aus der Pflanze, ausgepflanzten Samenlopfel im Herbst geerntet wird, gesäubert und gereinigt, auf den sogenannten Krenpelmaschinen werden die Fasern vorbereitet, auf den Vorspinnmaschinen und nachher auf den Feinspinnmaschinen zu Bangern, in denen die Textilindustrie heute ihre Interessen vereinigt hat, es aber neben den höchstenmodernen Maschinen noch immer eine verbreitete Hausindustrie, die zu ihrer Arbeit ganz primitive Apparate und Maschinen verwendet. Die Anwendung der Maschine hat keine Verdrängung der Menschen mit sich gebracht. Es hat den Arbeiter verlust aus dem Unternehmer erhöhte Profite gezeichnet. Heute ist aber zugleich Arbeiter in großen Betrieben zusammengebracht und zum Massenarbeitsfluß geführt.



Wardennmaschine

In neuerer Zeit beginnt sich auch in Ägypten ein größerer Baumwollanbau zu entwickeln. Die Ufer des Nils, die durch die alljährlichen Überschwemmungen mit Schlamm reichlich gedüngt werden, bilden einen guten Boden für die Baumwollpflanzung. Die reife Blütenkapitel der Baumwolle, die 35 Prozent Fasern des reifen Samensäckchens enthält, liefert die Rohstoffe für eine große Zahl von Spinnereiprodukten. Abgesehen von den Textilwaren werden auch viele wertvolle Industrieerzeugnisse aus der Baumwolle hergestellt. Mit Salpeterminerale vermischt, liefert sie die Nitrocellulose, das Rohprodukt für die Kunstseidenindustrie. Heute

Textilindustrie der Übergang vom Werkzeu zur Maschine, vom Handwebstuhl zur Fabrik in großem Maßstab. Neben den großen Bangern, in denen die Textilindustrie heute ihre Interessen vereinigt hat, es aber neben den höchstenmodernen Maschinen noch immer eine verbreitete Hausindustrie, die zu ihrer Arbeit ganz primitive Apparate und Maschinen verwendet. Die Anwendung der Maschine hat keine Verdrängung der Menschen mit sich gebracht. Es hat den Arbeiter verlust aus dem Unternehmer erhöhte Profite gezeichnet. Heute ist aber zugleich Arbeiter in großen Betrieben zusammengebracht und zum Massenarbeitsfluß geführt.

Erschließung zentralasiatischen Wüstenlandes

In der Russischen Akademie der Wissenschaften in Leningrad werden gegenwärtig Pläne zur Erschließung und Kultivierung des östlich vom Kaspiischen Meer gelegenen Wüstengebietes beraten. An diesen Beratungen nimmt auch der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare von Turkmenien, Wladimir, teil, da dieser Teil des Sowjetlandes von einer Erschließung des bisher unerschlossenen Landes den meisten Nutzen ziehen würde. In erster Linie kommt das große unter dem Namen Kara-Kum bekannte transkaspische Wüstengebiet in Frage, eine große Sandfläche von etwa 300 000 Quadratkilometern. Bisher ist dieses Land vollkommen unbewohnt und wird nur gelegentlich von Karawanen durchquert. Häufig auftretende Wirbelwinde tragen große Sandmassen, welche auch die wenigen Dörfer mit Verlandung bedrohen. Nachdem vor einiger Zeit eine Expedition der Russischen Akademie der Wissenschaften die Wüste Kara-Kum erschirrt hat, ist nunmehr der Plan aufgetaucht, sie durch Bewässerung wenigstens teilweise in Kulturland zu verwandeln. In den bisherigen Sitzungen der Akademie ist man aber über rein theoretische Erwägungen und Pläne noch nicht hinausgekommen und es bleibt die Frage, ob die jedenfalls sehr großen Kosten für die Bewässerungsarbeiten sich werden aufbringen lassen. In einer Sitzung wurde übrigens von medizinischer Seite darauf hingewiesen, daß der Sand dieser Wüste eine gewisse Heilkraft habe. Die Eingeborenen benutzen ihn bei Verwundungen als blutstillendes Mittel.



Wannsee-Gisbahn

Arbeiterporzellan nutzen den so unbedingten Winter aus.

D. Führer durch die Geschäftswelt der Provinz für Arbeiter und Angestellte im Bezirk Halle-Merseburg

Richard Wilhelm, Klempneri...
Zigaretten :: Zigaretten :: Tabake
Otto Schöber, Bahnhofstr. 2
Arthur Fuhs, Markt 2
Dampfbäderei D. Münch
Wolf Kreische, Wiesenstr. 7
Drogerie Max Müller
Herm. Behrs Schuhgeschäft

Kaufl. Milch, Butter, Käse...
Ulwin Herold
E. Seilen Nachf.
Dampfbäderei Naumann
F. Menten
Löwen-Drogerie
Hermann Gale

Schuhhaus Otto Meyer, Artern
Goethehaus
Franz Michaelis
Rich. Niesel, Artern
Modעהaus
Kaufhaus Gehr. Blumh

Artern
Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Arnold Sieger
Emil Dargatz, Lorgau
Kaufhaus Rosenthal

Fahrräder, Nähmaschinen, Motorräder
Carl Petzold
Nähmaschinen
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Mitglieder des Konsumvereins Annaburg

Rosenberg, Hettstedt, Markt
Das führende Kaufhaus für Bekleidung u. Aussteuerwaren
Otto Beder, Hettstedt
G. Löwe
Central-Molkerei
Franz Stieglitz

Wih. Herrrodt
H. Leibniz
Thams & Garfs
Curt Wolf, Müdenberg
Broth, Weib- u. Feinbäckerei

Mult- instrumente
Thams & Garfs
Curt Wolf, Müdenberg
Broth, Weib- u. Feinbäckerei

W. Walsch
M. Richter, Belgern
Paul Kanitz
C. Heber, Müdenberg
Möbel kauft man gut

Otto König
Eisleber Lichtspiele
Wih. Vogel

RICHARD ZOSEL
Richard Rothaupt
Herm. Schröder

Friedrich Scheffer
F. Herzberg, Großhörn
Herm. Michaelis

Broth, Weib- u. Feinbäckerei
Heinr. Schiffer, Müdenberg
Kolonialwaren, Delikatessen

Otto Andreas, Dommitzsch
Wih. Schumann
Bruno Lehmann
Dietz Euren Bedarf im Konsumverein



Blattentwurf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentwurf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preisprospekt: frei. Sendung monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 3,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugs- und Druck-Verhältnisse: Verleger für den Bezirk Halle-Merseburg: G. S. S. Halle, Verleger für den Bezirk Halle-Merseburg: G. S. S. Halle, Verleger für den Bezirk Halle-Merseburg: G. S. S. Halle.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte, 20 Pfennig für Resten im Text. Manuskripte zu richten nach Halle, Verlegerstraße 14. Tel. 21045, 21047. Telegr.-Nr.: Hallepost. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank Halle. Postkonto: Postamt 100848 Halle, Post. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 11. Februar 1927

7. Jahrgang * Nr. 35

Vor der Generalaussperrung der sächsischen Metallarbeiter

(Fig. Drahtm.) Leipzig, 11. Februar.

Die Aussperrung ist perfekt. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten beträgt etwa 25 000. Die Unternehmer haben risikofrei aus Kriegsbeschäftigung und Betriebsräte auf die Straße geworfen. Eine überflüssige Funktionärverammlung hat gestern abend zur Lage Stellung genommen und sich für die Erweiterung des Kampfes ausgesprochen. In der Diskussion wurde der Leipziger Metallarbeiterkampf als Aufstiegskampf für den Kampf des ganzen Reiches bezeichnet. Es wurde ausgeführt, daß vom A. S. B. verlangt werden müsse, daß er in ganz Deutschland zu dem ausgebrochenen Kampfe Stellung nimmt. Das Gewerkschaftsstatut Leipzig hat unter dem Druck der Streikenden für Montag eine Betriebsrätevollversammlung für Groß-Leipzig einberufen. Der Landesgeschäftsführer von Sachsen hat gestern früh telefonisch dem A. S. B. mitgeteilt, daß er für Sonnabend eine Verhandlung zwischen den Parteien in Dresden ansetze und auch in dem Falle vorzuziehen sei, daß eine Partei nicht erscheint. Für Montag vormittag sind weitere Kundgebungen angesetzt. Man erwartet auch eine entsprechende Erklärung und Unterstützung aus Nicht-Metallarbeiterkreisen. Durch die drohende Aussperrung der gesamten Metallarbeiter von Sachsen wird der Konflikt auf etwa 190 000 Arbeiter ausgedehnt.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, macht Entdeckungen. Was wir Kommunisten seit langem und Tag den Arbeitern sagen und wofür wir von den sozialdemokratischen und reformistischen Führern ständig angegriffen wurden, steht jetzt wörtlich im „Vorwärts“. „Bei den Unternehmern handelt es sich nicht um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern um eine politische Maßnahme, die wirtschaftlich verhängnisvolle Folgen haben wird, deren Zweck die Aufrechterhaltung beziehungsweise die Wiedereinnahme des Lohnkündentages ist.“

Abwägung der Reue-Debatte

(Fig. Drahtm.) Berlin, 11. Februar.

Heute soll im Reichstag die kommunistische Interpellation gegen den Innenminister von Reue die, den Vertreter der sächsischen Gewerkschaften Olympia, zur Behandlung kommen. Gleichzeitig liegt der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reue der Zustimmung. Der Reichskanzler Marx will durch einen Geschäftsordnungsartikel jede Erwähnung und Verantwortung zum Fall von Reue sperren. Er wird vor Eintritt in die Tagesordnung zum Fall von Reue sprechen. Ein Sprecher der Bürgerblockparteien wird beantragen, daß die kommunistische Interpellation an zweite Stelle gerückt wird, d. h. von der Tagesordnung abgeht und erst bei der Entscheidung des Innenministeriums später behandelt werden soll.

Kundgebung der Frauen gegen den Bürgerblock

(Fig. Drahtm.) Berlin, 11. Februar.

Die geführte Demonstration der Frauen gegen den Bürgerblock und für den Schutz von Mutter und Kind gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung. Polizeioffiziere verhielten die Demonstration zu provozieren.

Aussperrung auch in der sächsischen Textil-Industrie

Die sächsischen Weber, deren Löhne heute ebenso die niedrigsten sind wie vor 60 Jahren, verlangen eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Diese Forderung beantworteten die sächsischen Textilindustriellen mit der Aussperrung, von der 34 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen wurden.

Die Zahl der Erwerbslosen unverändert

(A. S. B.) Berlin, 10. Februar.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenliste der zweiten Januarhälfte zeigt im Gesamtverhältnis einen Anstieg um rund 12 000 = 0,7 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist zwar von 1 555 000 auf 1 558 000 gestiegen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger dagegen von 283 000 auf 288 000 zurückgegangen; die Gesamtzahl hat sich von 1 838 000 auf 1 826 000 verringert. Die Zahl der Zulageempfänger (unterstützungsberechtigten Familienangehörigen) ist von 2 078 000 auf 2 089 000 gestiegen.

Arbeitszeitkündigung in der elektrotechnischen Industrie

(A. S. B.) Essen, 10. Februar.

Von den Gewerkschaften ist, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ meldet, das bestehende Arbeitszeitabkommen zum 28. Februar gekündigt und die Wiedereinführung des starken Achtstundentages verlangt worden. Die Arbeitgeber haben diesen Antrag abge-

lehnt. So der „Vorwärts“. Hat aber der Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes aus diesen letzten Positionen die entsprechenden praktischen Folgerungen gezogen? Welche Maßnahmen hat der Hauptvorstand getroffen, um die Ausperrungen in Leipzig bzw. in Sachsen mit einem geschlossenen Gesamtanmarsch der Metallarbeiterschaft zu beantworten? Und wenn die Unternehmer es auf eine politische Maßnahme ankommen lassen, ist es dann nicht die Pflicht der freien Gewerkschaften, über die Metallarbeiter hinaus die Mobilisierung der Millionenarmee der organisierten Arbeiter anzuordnen? Ist es unter solchen Umständen nicht ein Schlag ins Gesicht der kämpfenden Metallarbeiter, wenn die Verhandlungsbürokratie des Metallarbeiterverbandes die Kündigung der Tarife in Mitteldeutschland von Monat zu Monat verschleppt?

Die Metallarbeiter im halleischen Bezirk, die durch den empörenden Entwurf zum Manifest unmittelbar in den Kampf zur Lage Stellung genommen wurden, haben die Solidarität mit den Metallarbeitern der revolutionären Kampf wirklich vom 1. Februar an durch den fortwährenden Metallarbeiterkampf bewiesen, sondern auf die geführte Abend-Lage in Sachsen Arbeiterschaft mühte sich sozialdemokratischen



tionen muß recht- des Proletariats es Spaltungsarbeit

angerufen, der die und angelehrt hat.

deutschen

Halle eine Konferenz wurde. Es wurde einer zu gründenden Braunkohle ausarbeit-

Die Braunkohleindustrie hat in den letzten Jahren einen außerordentlichen Aufschwung erlebt. Die Braunkohlewerke haben die Produktion von Braunkohle um das Doppelte gesteigert. Die Braunkohleindustrie hat in den letzten Jahren einen außerordentlichen Aufschwung erlebt. Die Braunkohlewerke haben die Produktion von Braunkohle um das Doppelte gesteigert.

200 bis 300 Millionen Mark einbringen kann. Für die Röhrenindustrie besteht die Gefahr der Verdrängung der kommunalen Gasanstalten durch die Braunkohlegasverwertung. Für die Arbeiter die Gefahr von Massenentlassungen.

Protestiert! An die litauische Regierung Rowno

Sie haben wieder drei Kommunisten zum Tode verurteilt. Ihr Regime verdient die tiefste Verachtung aller rechtlich denkenden Menschen. Wir fordern von Ihnen sofortige Einstellung Ihrer barbarischen Handlungsmethoden, die sich in Worten an Kommunisten, in mehrfachen Verurteilungen an Schulkindern, lediglich ihrer Meiderregung bewusster Arbeiter äußert.

Große Funktionärversammlung des A. S. B. Halle.

Abgelehnt!

Wie wir erfahren, hat die halleische Postdirektion die Weiterbeförderung des obigen Telegramms an die litauische Regierung abgelehnt.

Diese Tatsache spricht für sich selbst!

Das Reichstontordat geht um

Halle, 11. Februar.

Es war keine unrichtige Bemerkung, als die „Frankfurter Zeitung“ kurz nach der Konstituierung der schwarzblauen Bürgerblockregierung feststellte, daß der Ratikrat alle Minen haben springen lassen, um das Zentrum zur Koalition mit den Deutschnationalen zu bewegen. Immer und immer wieder hatten die Deutschnationalen Protestanten und Boten-Anderer sich dem Zentrum in Schulfragen in empfindliche Erinnerung gebracht. Sie waren nicht müde geworden in der monotonen Anpreisung: Nur mit uns, den Deutschnationalen, können wir wieder ein „richtig“ Volk in Schule und Haus werden. Wenn die Zentrumsjubiläum jetzt die Zeit für gekommen gehalten haben, das Bündnis mit den Deutschnationalen zu schließen, so nicht deshalb, weil das Zentrum in diesem „heidnischen“ Deutschland es nicht mehr mit dieser „heidnischen“ Sozialdemokratie hätte ausstehen können. Das Zentrum koalitiert mit keiner Partei, wenn es sich nicht von entscheidenden Einfluß in allen Kulturfragen gefehlt hat. Was das Zentrum bewog, mit den Deutschnationalen in eine Regierung zu gehen, war die Tatsache, daß es in der Zeit seit dem November 1918 in jüher Kleinarbeit seine irdische Machtstellung so gefestigt und ausgebaut hatte, daß ihm jetzt die Zeit gekommen ist, dies Wert endgültig zu krönen.

Die Zeit für ein Reichstontordat ist gekommen. Was ist ein Tontordat? Kein formal geschlossener Vertrag, den der Ratikrat mit einem katholischen Staats abschließt zur Regelung der kirchlichen und staatlichen Beziehungen. Eine Frage der Kompetenz zwischen kirchlichen und staatlichen Angelegenheiten. Man könnte also bei oberflächlicher Betrachtung der Meinung sein, daß hier ein Ausgleich, eine Ausbalancierung beider Mächte herbeiführt. Das aber ist in keiner Weise der Fall. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß bei allen Tontordaten sich in neuer Form jener Konfliktlage der IV. jener Übergang der staatlichen Macht nach Kom wiederholt, den sein noch so reiches Kulturkampferzeuger: „Nach Konso gehen wir nicht!“ aus der Welt schaffen wird. Seit dem Bestehen der lutherischen Kirche hat sie mit einer Zähigkeit ungleichwiegen je alte Lehre in die Weltöffentlichkeit umgewandelt. Daß der Staat in allen Dingen der Seite und des Glaubens also in allen Erziehungsfragen nicht nur der Jugend, der Kirche unterworfen ist. Es ist nicht nur die tausendjährige Tradition, die die Kirche befehligen, ist immer wieder erreichtes Ziel bei den schwierigen Verhältnissen durchzuführen, gekennzeichnet durch eine übertragende Geschicklichkeit im Augenblick der Verhandlungen — der Absicht eines Tontordats ist wie eine reife Frucht, die der Kirche mühelos in den Schoß fällt.

Die acht Jahre Vorbereitungszeit um das Reichstontordat hat das Zentrum nicht totlos verstreuen lassen. Der erste große Schachzug, nachdem die Vermögen der Kirche gerettet waren, bestand in der Durchsetzung jenes Schulparagrafen der Weimarer Verfassung, der vorschreibt, daß der Religionsunterricht nach den Grundsätzen der kirchlichen Bekenntnisse zu erteilen sei. So ist auf Grund der Verfassung kein „Religionsunterricht“ in Deutschland möglich, sondern nur ein „funktional dogmatischer Unterricht“. Damit aber war das Sprungbrett geschaffen: Bekenntnisschule als Mittel, kirchliche Verhältnisse über die Schule als Ziel.

Von dieser Grundlage aus hat das Zentrum weiter gearbeitet. Während es die Kultusministerien selbst nicht mit ausgeprägten ultramontanen Kräften besetzen ließ, so jagte diese Stellen liberalen Schwärmern, wie zum Beispiel in Preußen dem Kultusminister Weder, überließ, hat es dafür gesorgt, daß die Geheimratsstellen in den Kultusministerien mit zuverlässigen Kräften besetzt wurden. Als in Bayern personell so vorgearbeitet worden war, konnte es die Bayerische Volkspartei wagen, mühelos das Tontordat zwischen Bayern und dem Vatikan abzuschließen, das der katholischen Kirche Bayerns allein Werte im Betrage von 12 Milliarden RM und die kirchliche Oberaufsicht über die gesamten Volksschulen übertrug. Eine Tatsache, die dadurch ihren Hauch Ausdruck findet, daß heute schon in Bayern ein Drittel aller Lehrpersonen Katholiken sind.

Zweifellos sind in Bayern die Machtverhältnisse des katholischen Klerus am weitesten vorangeschritten. Wie stark sie aber auch in den anderen Ländern sind, beweisen einige Zahlen. Obwohl der Artikel 137 der Reichsverfassung befehlt, daß keine Staatsträge besteuert, so hat doch Preußen im Haushaltsplan für 1926/27 eine Summe von 70 590 800 Mark für die Kirche eingelegt. Damit bezieht Preußen in diesem Jahre viermal soviel pro Kopf an Steuer-geldern für die Kirche, wie Preußen es vor dem Kriege getan hat. Wehrlich steht die Lage in Thüringen. Die kleine Land hat im Rechnungsjahre 1925/26 allein an die Kirchen der verschiedenen Konfessionen 8 235 000 Mark ausgegeben.

Wir erwähnen diese Tatsachen, um einerseits den steigenden Einfluß der Kirche aufzuzeigen, die wie eine reife Frucht das Reichstontordat abzuspinnen imstande ist, und andererseits aufzuzeigen, daß das Reichstontordat nicht nur erschöpft ist mit der päpstlichen Verpfändung der Schule, d. h. aller überhaupt existierender Lehrinstitute, sondern daß ein Reichstontordat in noch weiterem Maße die Steuerkraft der Bevölkerung zu ihren Gunsten Zmeden mißbraucht als bisher. Wichtig ist, in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, daß das Reichstontordat nicht nur den Inhalt eines Vertrages